

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Essen) (Ed.)

Periodical Part

RWI Konjunkturberichte, Jahrgang 65 (2014), Hefte 1-4

RWI Konjunkturberichte

Provided in Cooperation with:

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Suggested Citation: Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Essen) (Ed.) (2014) :
RWI Konjunkturberichte, Jahrgang 65 (2014), Hefte 1-4, RWI Konjunkturberichte, ISSN 1861-6305,
Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen, Vol. 65, Iss. 1-4

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/113828>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Konjunkturbericht

Die wirtschaftliche Entwicklung
zum Jahresende 2014

Jahrgang 65 (2014) Heft 4

Impressum

Vorstand des RWI

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt (Präsident)

Prof. Dr. Thomas K. Bauer (Vizepräsident)

Prof. Dr. Wim Kösters

Verwaltungsrat

Dr. Eberhard Heinke (Vorsitzender);

Manfred Breuer; Reinhold Schulte (Stellv. Vorsitzende);

Dr. Hans Georg Fabritius; Prof. Dr. Justus Haucap; Hans Jürgen Kerckhoff;

Dr. Thomas Köster; Dr. Thomas A. Lange; Martin Lehmann-Stanislawski;

Dr.-Ing. Herbert Lütkestratkötter; Hans Martz; Andreas Meyer-Lauber;

Hermann Rappen; Reinhard Schulz; Dr. Michael H. Wappelhorst

Forschungsbeirat

Prof. Michael C. Burda, Ph.D.; Prof. Dr. Monika Büttler; Prof. Dr. Lars P. Feld;

Prof. Dr. Stefan Felder; Prof. Nicola Fuchs-Schündeln, Ph.D.; Prof. Timo Goeschl,

Ph.D.; Prof. Dr. Justus Haucap; Prof. Dr. Kai Konrad; Prof. Dr. Wolfgang Leininger;

Prof. Dr. Nadine Riedel; Prof. Regina T. Riphahn, Ph.D.

Ehrenmitglieder des RWI

Heinrich Frommknecht; Prof. Dr. Paul Klemmer †; Dr. Dietmar Kuhnt

RWI Konjunkturberichte

Herausgeber:

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung

Hohenzollernstraße 1-3, 45128 Essen, Tel. 0201-8149-0

Alle Rechte vorbehalten. Essen 2014

Schriftleitung:

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt

Redaktionelle Bearbeitung:

Katharina Brach, Sabine Weiler

Konzeption und Gestaltung:

Julica Marie Bracht, Daniela Schwindt

ISSN 1861-6305 (online)

Konjunkturberichte

**Die wirtschaftliche Entwicklung
zum Jahresende 2014**

Jahrgang 65 (2014)
Heft 4



Mitglied der



Das RWI wird vom Bund und vom Land Nordrhein-Westfalen gefördert.

Sinkender Rohölpreis stärkt Konjunktur

Roland Döhrn, György Barabas, Angela Fuest, Heinz Gebhardt, Philipp an de Meulen, Martin Micheli, Svetlana Rujin, Torsten Schmidt und Lina Zwick 5

Konjunkturbericht Nordrhein-Westfalen: Expansion bleibt schwach

Von Roland Döhrn, György Barabas, Angela Fuest und Heinz Gebhardt17

Monitoring regionaler Immobilienpreise 2014: Preisauftrieb auf breiter Front – aber geringe Gefahr von Blasen

Von Rüdiger Budde und Martin Micheli31

Projektion der Wirtschaftsentwicklung bis 2019: Aufschwung setzt sich in moderatem Tempo fort

Von György Barabas, Heinz Gebhardt, Torsten Schmidt
und Klaus Weyerstraß 45

Inhalt

Roland Döhrn, György Barabas, Angela Fuest, Heinz Gebhardt, Philipp an de Meulen, Martin Micheli, Svetlana Rujin, Torsten Schmidt und Lina Zwick

Sinkender Rohölpreis stärkt Konjunktur¹

Zusammenfassung: Die deutsche Konjunktur verlor im Sommerhalbjahr merklich an Kraft und die Aussichten stellten sich bisher auch wenig günstig dar. Allerdings dürften von dem inzwischen deutlichen Rückgang des Rohölpreises spürbare Impulse für die Konjunktur im kommenden Jahr ausgehen. So reduziert ein um 25 \$/b niedrigerer Rohölpreis die Importrechnung Deutschlands für sich genommen um 14 Mrd. €, also um knapp 0,5% des BIP. Begünstigt werden insbesondere die privaten Konsumausgaben. Da der niedrigere Ölpreis die Konjunktur in anderen Öl importierenden Ländern ebenfalls anregt, dürften auch die Exporte lebhafter zunehmen. Mit steigender Kapazitätsauslastung dürften dann die Unternehmen auch mehr investieren. Alles in allem prognostizieren wir für 2014 und für 2015 eine Zunahme des BIP um 1,5%. Von dem Anstieg im kommenden Jahr dürften etwa 0,4%-Punkte direkt oder indirekt auf die stark rückläufigen Rohölpreise zurückzuführen sein. Die Lage am Arbeitsmarkt wird sich wohl trotz der Belastungen durch die Einführung des flächendeckenden Mindestlohns weiter verbessern. Aufgrund der niedrigen Ölpreise bleibt die Inflation mit 0,9% (2014) bzw. 1,0% (2015) wohl moderat. Der Staatshaushalt wird im kommenden Jahr voraussichtlich zwar erneut einen Überschuss aufweisen, aber einen geringen als 2014, da die Ausgaben der Sozialversicherungen steigen.

Abstract: During this summer the German economy lost momentum and expectations were revised downwards. However, the marked reduction of crude oil prices is likely to stimulate the economy in the next year. A decrease of the oil price by 25\$/b will reduce Germany's expenditure on oil imports by € 14 bn, which is appr. 0.5% of GDP. This will boost primarily private consumption. Moreover, cheaper oil will also stimulate the economy in other oil importing countries. Therefore, exports will be more vivid, too. With capacity utilization rising, this stimulus will promote business investment. To sum up, we forecast GDP to grow by 1.5% in this year and the next year; about 0.4 percentage points of which will be due to lower oil prices in the next year. The labor market will continue to improve, despite of the expected negative effects of the introduction of a minimum wage at the beginning of 2015. Due to lower oil prices inflation will remain moderate at 0.9% resp. 1.0%. The fiscal balance surplus will be smaller than in 2014 since expenditures of the social insurance are going to rise.

¹ Abgeschlossen am 9.12.2014. Kritische Anmerkungen zu früheren Fassungen gaben Sabine Weiler und Wim Kösters.

Deutsche Konjunktur im Dezember 2014

Die deutsche Konjunktur hat im Sommerhalbjahr an Kraft verloren. Im zweiten Quartal ging die Wirtschaftsleistung zurück. Dies war zwar zum Teil eine technische Gegenreaktion zu dem durch eine ungewöhnlich milde Witterung begünstigten kräftigen Produktionsanstieg im ersten Quartal. Jedoch stagnierte die Produktion im dritten Quartal lediglich, und die Aussichten für die kurze Frist sahen nicht besonders günstig aus. So blieb die Stimmung unter den Unternehmen gedrückt. Zwar hat sich der ifo Geschäftsklimaindex nach einem sechs Monate währenden Rückgang im November wieder leicht verbessert. Der *Purchasing Managers' Index* für das Verarbeitende Gewerbe fiel hingegen unter die „Wachstumsschwelle“ von 50 und erreichte den tiefsten Wert seit Sommer 2013. Auch die realwirtschaftlichen Indikatoren verheißen keine rasche Belebung. Die Industrieproduktion verharrte im Oktober auf dem Niveau des dritten Quartals und die Bauproduktion wurde nur wenig ausgeweitet. Alles in allem zeichnet sich für das vierte Quartal eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,2% gegenüber dem Vorquartal ab.

Die wirtschaftlichen Aussichten für das kommende Jahr dürften im Spannungsfeld gegenläufiger Tendenzen stehen. Positiv wirken die anhaltende Ausweitung der Beschäftigung und die damit einhergehende spürbare Zunahme der verfügbaren Einkommen, die die Binnennachfrage stützen. Darauf deutet auch der im Oktober wieder deutlich lebhaftere Auftragseingang aus dem Inland hin. Belastend wirken weiterhin die geopolitischen Risiken, insbesondere der ukrainisch-russische Konflikt, und die enttäuschend schwache Expansion in vielen Schwellenländern. Ein neues weltwirtschaftliches Datum stellt aber der spürbare Rückgang des Rohölpreises in den vergangenen Wochen dar.

Unsere Prognose vom September dieses Jahres unterstellte einen Rohölpreis (Brent) von rund 100 \$ je Barrel. Der Preis war bereits damals seit drei Monaten gesunken, um insgesamt gut 10%. Dies ließ sich noch durch das Zusammenwirken von schwächerer Nachfrage und einem wachsenden Angebot insbesondere aufgrund des Fracking in den USA erklären. Seitdem hat sich der Rückgang aber beschleunigt; zuletzt notierte Rohöl rund 30% niedriger als im September. Ein geringerer Ölpreis hat erhebliche Konsequenzen für die internationale und die deutsche Konjunktur. Einerseits belastet er die Konjunktur in den ölexportierenden Ländern, insbesondere dürften sich die wirtschaftlichen Probleme Russlands verstärken. Andererseits impliziert er für die ölimportierenden Länder eine Zunahme der Realeinkommen. So reduziert ein um 25 \$/b niedrigerer Rohölpreis die Importrechnung Deutschlands für sich genommen um 14 Mrd. €, also um knapp 0,5% des BIP.

Für die vorliegende Prognose ist von zentraler Bedeutung, wie sich der Rohölpreis im Prognosezeitraum entwickeln wird. In den vergangenen Monaten hat die OPEC

Kasten

Zu den Auswirkungen eines niedrigeren Ölpreises auf die deutsche Konjunktur

Der Weltmarktpreis für Rohöl ist in den vergangenen Wochen spürbar gefallen. Um die daraus resultierenden Folgen für die deutsche Konjunktur im Jahr 2015 abzuschätzen, wurden Simulationen mit dem RWI-Konjunkturmodell durchgeführt. In diesen wurde der Rohölpreis gegenüber der Basislösung des Modells um 25 \$/b gesenkt. Da zu erwarten ist, dass der niedrigere Ölpreis die Konjunktur in den anderen Öl importierenden Ländern ebenfalls anregen wird, wurde in einer zweiten Simulation zusätzlich unterstellt, dass der Welthandel aufs Jahr gesehen mit einer um 1/2%-Punkte höheren Rate expandiert. Diese Änderungen gegenüber der Basislösung gelten ab dem vierten Quartal 2014.

Auswirkungen eines Rückgangs des Rohölpreises

Simulationen mit den RWI-Konjunkturmodell, Abweichungen von der Basislösung

	Rückgang des Ölpreises um 25 \$/b			Rückgang des Ölpreises und um 1/2%-Punkte stärkere Expansion des Welthandels		
	2014	2015	2016	2014	2015	2016
Entstehung						
Erwerbstätige (1000)	1,2	3,5	18,1	1,7	19,4	60,4
Arbeitslose (1000)	-0,6	-1,8	-9,3	-0,9	-9,9	-31,0
Verwendung, real (Zuwachsrate in %-Punkten)						
Bruttoinlandsprodukt	0,0	0,3	0,2	0,1	0,5	0,3
Private Konsumausgaben	0,1	0,6	0,2	0,1	0,7	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	0,0	0,5	0,3	0,1	0,8	0,6
Inlandsnachfrage	0,1	0,5	0,2	0,1	0,7	0,4
Exporte	0,0	-0,1	0,1	0,1	0,5	0,4
Importe	0,1	0,6	0,3	0,1	1,1	0,6
Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag)	0,0	-0,3	0,0	0,0	-0,2	0,0
Preisindizes						
Private Konsumausgaben	-0,1	-0,6	0,0	-0,1	-0,6	-0,1
Bruttoinlandsprodukt	0,0	0,1	-0,1	0,0	0,1	-0,1

Eigene Berechnungen.

Die Tabelle zeigt, dass ein geringerer Ölpreis über niedrigere Verbraucherpreise insbesondere die Nachfrage der privaten Haushalte anregt. Sie nimmt im Jahr 2015 um 0,6%-Punkte kräftiger zu als in der Basislösung des Modells. Aufgrund der so erreichten höheren Kapazitätsauslastung werden auch die Bruttoanlageinvestitionen befördert. Der höhere Zuwachs der Inlandsnachfrage schlägt allerdings nur in gerin-

Deutsche Konjunktur im Dezember 2014

gem Maße auf das BIP durch, da ein hoher Teil der nachgefragten Güter importiert wird und deshalb auch die Importe stärker ausgeweitet werden. Das BIP würde daher 2015 lediglich um 0,2%-Punkte stärker zunehmen. Damit sind auch die Beschäftigungswirkungen gering.

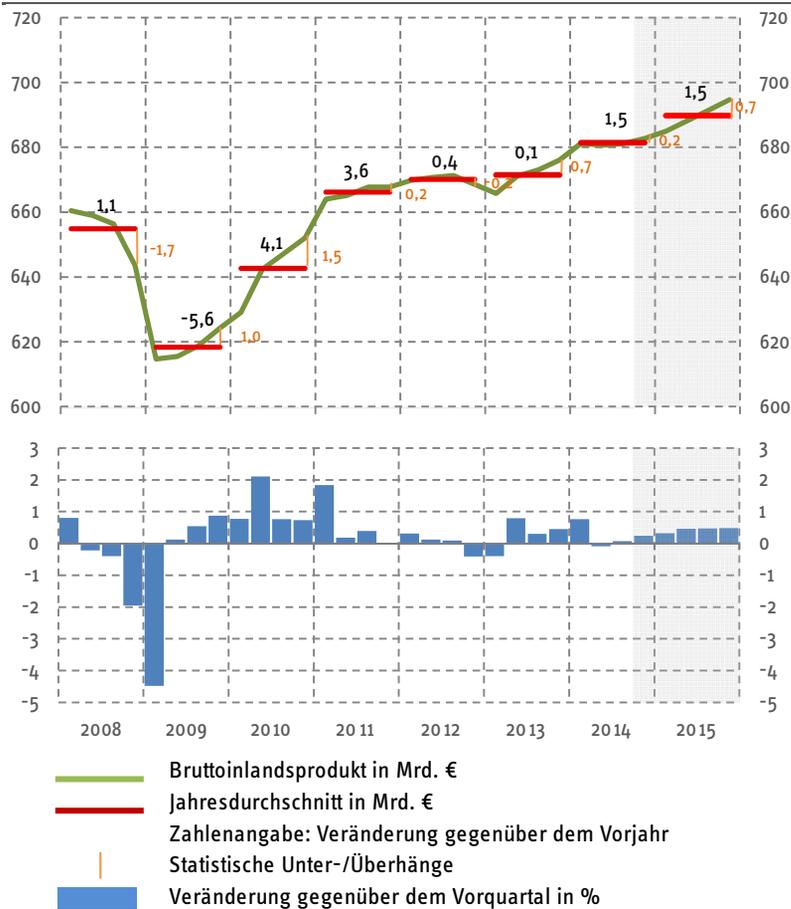
Stärkere Auswirkungen auf das BIP und den Arbeitsmarkt wären dann zu erwarten, wenn der niedrigere Ölpreis die Weltwirtschaft insgesamt anregen würde. Dann würden die deutschen Exporte etwas kräftiger ausgeweitet, wovon stärkere Anregungen auf die Investitionstätigkeit ausgingen. Auch hier wäre damit zu rechnen, dass der expansive Impuls zum Teil durch höhere Einfuhren kompensiert wird. Das BIP würde gleichwohl im Jahr 2015 um 0,4%Punkte stärker expandieren, und auch für 2016 wäre ein positiver Effekt auf die BIP-Rate zu erwarten, auch weil in diesem Szenario die Beschäftigung gegenüber der Basislösung stärker zulegt.

gezeigt, dass sie derzeit – anders als in der Vergangenheit – nicht bereit ist, durch Anpassung ihrer Fördermenge die Preise zu stabilisieren. Vor diesem Hintergrund unterstellen wir in dieser Prognose, dass der Rohölpreis vorerst niedrig bleiben und im Jahresdurchschnitt 2015 bei 70 \$/b liegen wird, nach 99,5 \$/b in diesem Jahr.

Der niedrigere Ölpreis wird vor allem die Kaufkraft der privaten Haushalte und damit die privaten Konsumausgaben stärken (vgl. Kasten). Sie werden im kommenden Jahr voraussichtlich um 1,6% zunehmen. Dazu tragen u.a. durch das Rentenpaket erhöhte staatliche Transfers bei, während die Gewinn- und Vermögenseinkommen auch angesichts niedriger Zinsen nur verhalten zunehmen. Die Unternehmensinvestitionen dürften hingegen erst im weiteren Verlauf des kommenden Jahres anziehen, worauf die derzeit noch ungünstigen Erwartungen der Unternehmen hinweisen. Mit steigendem privaten Konsum und lebhafteren Exporten steigt aber die Kapazitätsauslastung, was die Investitionstätigkeit der Unternehmen stützt. Angesichts niedriger Zinsen und geringer Renditen alternativer Vermögensanlagen ist mit einer weiteren Zunahme der Wohnungsbauinvestitionen zu rechnen. Allerdings wirken wirtschaftspolitische Maßnahmen wie die Mietpreisbremse und die Anhebung der Grunderwerbsteuer in einigen Bundesländern dämpfend.

Die Expansion wird voraussichtlich weiterhin von der Binnenwirtschaft getragen. Allerdings dürften auch die Ausfuhren rascher ausgeweitet werden, zumal der niedrigere Ölpreis die Konjunktur bei vielen Handelspartnern Deutschlands ebenfalls anregt und sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Exporteure aufgrund der Abwertung des Euro seit März um 2% verbessert hat. Mit der lebhafteren Inlandsnachfrage ziehen voraussichtlich aber auch die Einfuhren an, so dass die Außenwirtschaft wohl nur einen geringen Beitrag zur Zunahme des realen BIP leisten wird. Gleichwohl dürfte sich der Überschuss in der deutschen Leistungsbilanz aufgrund der sinkenden Einfuhrpreise für Rohöl vergrößern.

Schaubild 1
Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
 2008 bis 2015; real, saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Alles in allem zeichnet sich für 2014 eine Zunahme des BIP um 1,5% ab. Für 2015 erwarten wir einen Zuwachs um ebenfalls 1,5%. Davon dürften etwa 0,4%-Punkte direkt oder indirekt auf die stark rückläufigen Rohölpreise zurückzuführen sein (Kasten). Da die Zahl der Arbeitstage im kommenden Jahr höher ist als in diesem, ergibt sich arbeitstäglich bereinigt ein Zuwachs des BIP von 1,3%.

Deutsche Konjunktur im Dezember 2014

Der Arbeitsmarkt hat sich weiter positiv entwickelt. Nach einer kleinen Abschwächung im zweiten Quartal hat das Arbeitsvolumen im dritten Quartal 2014 wieder zugelegt, um saisonbereinigt 0,5%. Der Anstieg der Erwerbstätigkeit wurde insbesondere durch den Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse getrieben. Der Beschäftigungsaufbau wurde jedoch weiterhin vor allem aus dem Anstieg des Erwerbspersonenpotenzials gespeist, der auf die Zuwanderung und die gestiegene Erwerbsbeteiligung zurückzuführen ist. Die Arbeitslosigkeit sank hingegen nur leicht. Im Prognosezeitraum wird der Arbeitsmarkt maßgeblich von der Einführung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 8,50€ beeinflusst. Die Arbeitsnachfrage dürfte gemessen am Arbeitsvolumen im Jahr 2015 nur noch gedämpft um 0,6% zulegen, nach 1,3% in diesem Jahr. Da insbesondere die Löhne vieler geringfügig Beschäftigter derzeit noch unter dem Mindestlohn liegen, werden sich die Arbeitskosten wohl hauptsächlich in diesem Bereich spürbar verteuern und es dürfte folglich vor allem hier zu einem merklichen Stellenabbau kommen. Da diese Arbeitnehmer aber oft keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, wird die registrierte Arbeitslosigkeit nur wenig steigen. Wir erwarten für 2015 eine Arbeitslosenquote von 6,8% nach 6,7% im Jahr 2014.

Der Preisauftrieb hat sich zuletzt weiter abgeschwächt. Während die Inflationsrate im Juli noch bei 0,8% lag, erreichte sie im November voraussichtlich lediglich 0,6%. Zum Teil dämpfte die konjunkturelle Eintrübung im Sommerhalbjahr die Teuerung. Vor allem aber war der geringe Preisauftrieb dem deutlichen Rückgang der Energiepreise geschuldet, die im November um voraussichtlich 2,5% unter dem Niveau des Vorjahres lagen. Für das kommende Jahr erwarten wir eine Inflationsrate von 1,0% nach 0,9% in diesem Jahr. Der binnenwirtschaftliche Preisauftrieb wird bei weiter unterausgelasteten Kapazitäten moderat bleiben, zumal die gesunkenen Energiekosten in den Güterpreisen weitergegeben werden dürften. Allerdings sind aufgrund des Mindestlohns stärkere Preisanhebungen insbesondere für Dienstleistungen zu erwarten; hier lag die Preissteigerung bei 1,4%.

Die Finanzpolitik ist im kommenden Jahr leicht expansiv ausgerichtet, vor allem weil die Leistungen der Sozialversicherung ausgeweitet werden. Das Rentenpaket (Mütterrente, Rente ab 63, Neuregelungen zur Erwerbsminderungsrente) ist zwar bereits zum 1. Juli 2014 in Kraft getreten. Doch gelten die erhöhten Leistungen nun erstmals für ein volles Jahr. Ferner werden die Leistungen der sozialen Pflegeversicherung zu Beginn des kommenden Jahres aufgestockt. Zudem wird der Bund seine Ausgaben für die Verkehrsinfrastruktur sowie für Bildung und Forschung ausweiten. Einnahmeseitig dürften von der Finanzpolitik hingegen keine Impulse ausgehen. Zwar wird der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung zu Beginn des

RWI Konjunkturbericht 65 (4)

Tabelle 1

Eckwerte der RWI-Konjunkturprognose vom Dezember 2014

2013 bis 2015, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

	2013	2014 ^s	2015 ^s
Bruttoinlandsprodukt ¹	0,1	1,5	1,5
Verwendung ¹			
Konsumausgaben	0,8	1,1	1,5
Private Haushalte ²	0,8	1,1	1,6
Staat	0,7	1,1	1,2
Anlageinvestitionen	-0,6	2,9	2,3
Ausrüstungen	-2,4	3,2	3,4
Bauten	-0,1	3,3	1,8
Sonstige Anlagen	1,3	1,2	1,5
Vorratsveränderung (Wachstumsbeitrag)	0,2	-0,2	-0,2
Inlandsnachfrage	0,7	1,2	1,5
Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag)	-0,5	0,3	0,1
Ausfuhr	1,6	4,0	5,1
Einfuhr	3,1	3,7	5,6
Erwerbstätige ³ , in 1000	42.281	42.650	42.785
Arbeitslose ⁴ , in 1000	2.950	2.900	2.955
Arbeitslosenquote ⁵ , in %	6,9	6,7	6,8
Verbraucherpreise ⁶	1,5	0,9	1,0
Lohnstückkosten ⁷	2,4	1,8	2,3
Finanzierungssaldo des Staates ⁸			
in Mrd.€	4,2	15	7
in % des nominalen BIP	0,1	0,5	0,2
Leistungsbilanzsaldo ⁹			
in Mrd.€	189,2	215	226
in % des nominalen BIP	6,7	7,4	7,5
Nachrichtlich			
Bruttoinlandsprodukt USA	2,2	2,4	3,3
Bruttoinlandsprodukt Euro-Raum	-0,4	0,8	0,9
Inflation Euro-Raum	1,4	0,5	0,6

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. - ¹Preisbereinigt. - ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - ³Im Inland. - ⁴Nationale Abgrenzung. - ⁵In der Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit (Bezogen auf inländische Erwerbspersonen). - ⁶Verbraucherpreisindex. - ⁷Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. - ⁸In der Abgrenzung der VGR. - ⁹In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik. - ^sEigene Schätzung.

Deutsche Konjunktur im Dezember 2014

kommenden Jahres um 0,2%-Punkte auf 18,7% gesenkt, doch wird der Beitragssatz zur sozialen Pflegeversicherung um 0,3%-Punkte auf 2,35% angehoben. Alles in allem schätzen wir den im Jahr 2015 von der Finanzpolitik ausgehenden expansiven Impuls auf 0,3% des BIP.

Die Finanzlage des Staates wird sich nach unserer Rechnung im laufenden Jahr weiter verbessert haben. Der Budgetüberschuss steigt von reichlich 4 Mrd. € auf knapp 15 Mrd. € bzw. in Relation zum BIP von 0,1 auf 0,5%. Dies ist allerdings nicht Ausdruck einer nachhaltigen Konsolidierung. Vielmehr haben dazu vor allem die äußerst günstigen Refinanzierungskonditionen des Staates, die kalte Progression und eine höhere Ausschüttung der Bundesbank beigetragen. Da die Ausgaben der Sozialversicherungen im kommenden Jahr kräftig steigen werden, wird sich die Finanzlage des Staates ungeachtet des angestrebten ausgeglichenen Bundeshaushalts nicht weiter verbessern. Vielmehr dürfte sich der Überschuss auf knapp 7 1/2 Mrd. € bzw. in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt auf 0,2 % verringern.

RWI Konjunkturbericht 65 (4)

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2014 und 2015

	2013	2014	2015	2014		2015	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige	0,6	0,9	0,3	0,8	0,9	0,5	0,1
Arbeitsvolumen	- 0,3	1,3	0,6	1,6	0,9	- 0,2	1,4
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	- 0,9	0,4	0,3	0,8	0,0	- 0,7	1,3
Produktivität ¹	0,4	0,2	0,8	0,2	0,2	1,0	0,7
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	0,1	1,5	1,5	1,8	1,2	0,9	2,1

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd.EUR

Konsumausgaben	2 112,7	2 166,8	2 237,0	1 054,9	1 111,9	1 088,4	1 148,6
Private Haushalte ²	1 571,5	1 604,5	1 648,0	782,2	822,3	802,6	845,5
Staat	541,2	562,3	589,0	272,8	289,6	285,8	303,2
Anlageinvestitionen	555,8	578,3	600,3	279,1	299,2	283,3	317,0
Ausrüstungen	177,9	183,3	190,0	88,2	95,1	88,3	101,7
Bauten	279,2	293,0	304,7	141,3	151,7	143,7	161,0
Sonstige Anlageinvestitionen	98,8	102,0	105,6	49,6	52,4	51,2	54,3
Vorratsveränderung ³	- 22,3	- 29,3	- 36,4	- 0,7	- 28,6	- 7,9	- 28,6
Inländische Verwendung	2 646,2	2 715,9	2 800,9	1 333,4	1 382,5	1 363,8	1 437,1
Außenbeitrag	163,3	188,8	203,3	95,4	93,4	105,9	97,4
Exporte	1 280,1	1 328,4	1 398,0	650,6	677,8	683,0	714,9
Importe	1 116,9	1 139,6	1 194,6	555,2	584,5	577,1	617,5
Bruttoinlandsprodukt	2 809,5	2 904,7	3 004,2	1 428,8	1 475,9	1 469,7	1 534,5

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	2,5	2,6	3,2	2,5	2,7	3,2	3,3
Private Haushalte ²	2,1	2,1	2,7	2,0	2,2	2,6	2,8
Staat	3,8	3,9	4,7	3,9	3,9	4,8	4,7
Anlageinvestitionen	0,8	4,0	3,8	6,1	2,2	1,5	6,0
Ausrüstungen	- 2,1	3,1	3,6	5,0	1,3	0,1	6,9
Bauten	1,9	5,0	4,0	7,8	2,4	1,7	6,1
Sonstige Anlageinvestitionen	3,3	3,2	3,5	3,2	3,2	3,2	3,7
Inländische Verwendung	2,2	2,6	3,1	3,3	2,0	2,3	3,9
Exporte	1,4	3,8	5,2	2,9	4,6	5,0	5,5
Importe	1,4	2,0	4,8	1,6	2,5	3,9	5,7
Bruttoinlandsprodukt	2,2	3,4	3,4	3,8	3,0	2,9	4,0

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2005)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 007,7	2 028,9	2 059,5	993,8	1 035,2	1 008,9	1 050,6
Private Haushalte ²	1 500,6	1 516,5	1 540,7	740,5	776,0	752,4	788,3
Staat	507,0	512,4	518,8	253,2	259,2	256,5	262,4
Anlageinvestitionen	527,5	542,9	555,2	262,3	280,6	262,3	292,8
Ausrüstungen	175,3	180,9	187,0	86,6	94,3	86,6	100,5
Bauten	258,4	267,1	271,9	129,3	137,8	128,8	143,1
Sonstige Anlageinvestitionen	93,6	94,7	96,1	46,2	48,5	46,8	49,4
Inländische Verwendung	2 509,4	2 539,8	2 576,4	1 255,2	1 284,6	1 264,0	1 312,5
Exporte	1 229,1	1 277,7	1 342,9	626,2	651,6	656,7	686,3
Importe	1 056,3	1 094,9	1 156,7	531,5	563,4	558,7	597,9
Bruttoinlandsprodukt	2 681,6	2 721,5	2 761,5	1 349,3	1 372,2	1 361,1	1 400,3

Deutsche Konjunktur im Dezember 2014

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2014 und 2015

	2013	2014	2015	2014		2015	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	0,8	1,1	1,5	0,9	1,2	1,5	1,5
Private Haushalte ²	0,8	1,1	1,6	0,9	1,2	1,6	1,6
Staat	0,7	1,1	1,2	0,9	1,2	1,3	1,2
Anlageinvestitionen	- 0,6	2,9	2,3	4,9	1,1	0,0	4,4
Ausrüstungen	- 2,4	3,2	3,4	5,1	1,6	- 0,1	6,5
Bauten	- 0,1	3,3	1,8	6,2	0,8	- 0,4	3,9
Sonstige Anlageinvestitionen	1,3	1,2	1,5	1,2	1,2	1,2	1,8
Inländische Verwendung	0,7	1,2	1,4	1,8	0,6	0,7	2,2
Exporte	1,6	4,0	5,1	3,3	4,6	4,9	5,3
Importe	3,1	3,7	5,6	3,5	3,8	5,1	6,1
Bruttoinlandsprodukt	0,1	1,5	1,5	1,8	1,2	0,9	2,1

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2005=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²	1,2	1,0	1,1	1,1	1,0	1,0	1,2
Konsumausgaben des Staates	3,1	2,8	3,5	2,9	2,7	3,4	3,5
Anlageinvestitionen	1,4	1,1	1,5	1,1	1,1	1,5	1,5
Ausrüstungen	0,2	- 0,2	0,3	0,0	- 0,2	0,2	0,4
Bauten	2,0	1,6	2,1	1,5	1,6	2,1	2,2
Exporte	- 0,2	- 0,2	0,1	- 0,4	0,1	0,1	0,1
Importe	- 1,6	- 1,6	- 0,8	- 1,8	- 1,3	- 1,1	- 0,4
Bruttoinlandsprodukt	2,1	1,9	1,9	1,9	1,8	2,0	1,9

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd.EUR

Primäreinkommen der privaten HH ²	2 011,7	2 063,2	2 129,8	1 014,4	1 048,8	1 046,7	1 083,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	262,8	270,3	279,0	131,2	139,1	135,3	143,7
Bruttolöhne und -gehälter	1 165,5	1 208,1	1 255,2	577,3	630,8	599,4	655,7
Übrige Primäreinkommen ⁴	583,4	584,8	595,6	305,8	278,9	311,9	283,6
Primäreinkommen der übr. Sektoren	368,1	397,9	421,3	183,5	214,4	187,0	234,3
Nettonationaleink. (Primäreink.)	2 379,8	2 461,1	2 551,1	1 197,9	1 263,2	1 233,6	1 317,4
Abschreibungen	502,1	512,5	524,5	255,0	257,5	260,8	263,7
Bruttonationaleinkommen	2 881,9	2 973,5	3 075,6	1 452,9	1 520,7	1 494,5	1 581,1
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2 099,9	2 174,4	2 256,2	1 055,3	1 119,1	1 087,2	1 169,0
Unternehmens- und Vermögenseink.	671,6	696,0	722,0	346,7	349,3	352,4	369,5
Arbeitnehmerentgelt	1 428,3	1 478,4	1 534,2	708,6	769,8	734,7	799,5

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten HH. ²	2,1	2,6	3,2	2,6	2,5	3,2	3,3
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	1,9	2,8	3,2	3,1	2,6	3,1	3,4
Bruttolöhne und -gehälter	3,0	3,7	3,9	3,9	3,4	3,8	4,0
Bruttolöhne und -gehälter je Besch.	2,1	2,5	3,6	2,9	2,2	3,2	3,9
Übrige Primäreinkommen ⁴	0,6	0,2	1,8	- 0,1	0,6	2,0	1,7
Primäreinkommen der übr. Sektoren	1,8	8,1	5,9	9,8	6,7	1,9	9,3
Nettonationaleink. (Primäreink.)	2,1	3,4	3,7	3,6	3,2	3,0	4,3
Abschreibungen	2,3	2,1	2,4	2,0	2,1	2,3	2,4
Bruttonationaleinkommen	2,1	3,2	3,4	3,3	3,0	2,9	4,0
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2,2	3,5	3,8	3,7	3,4	3,0	4,5
Unternehmens- und Vermögenseink.	0,9	3,6	3,7	3,6	3,6	1,7	5,8
Arbeitnehmerentgelt	2,8	3,5	3,8	3,8	3,3	3,7	3,9

RWI Konjunkturbericht 65 (4)

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 2014 und 2015

	2013	2014	2015	2014		2015	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²

a) Mrd.EUR

Masseneinkommen	1 175,6	1 209,5	1 250,2	584,1	625,3	604,0	646,2
Nettolöhne und -gehälter	777,2	801,5	830,7	380,3	421,2	394,1	436,6
Monetäre Sozialleistungen	492,1	500,8	515,7	251,1	249,7	259,4	256,3
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	93,7	92,8	96,2	47,3	45,5	49,5	46,7
Übrige Primäreinkommen ⁴	583,4	584,8	595,6	305,8	278,9	311,9	283,6
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	- 77,7	- 75,8	- 76,5	- 38,2	- 37,7	- 39,3	- 37,3
Verfügbares Einkommen	1 681,3	1 718,4	1 769,3	851,8	866,6	876,7	892,5
Zunahme betriebl. Versorgungsanspr.	47,2	48,2	48,7	23,8	24,3	24,1	24,6
Konsumausgaben	1 571,5	1 604,5	1 648,0	782,2	822,3	802,6	845,5
Sparen	157,0	162,1	169,9	93,4	68,6	98,3	71,7
Sparquote (%) ⁶	9,1	9,2	9,3	10,7	7,7	10,9	7,8

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	2,6	2,9	3,4	3,0	2,8	3,4	3,3
Nettolöhne und -gehälter	2,8	3,1	3,6	3,7	2,6	3,6	3,7
Monetäre Sozialleistungen	2,4	1,8	3,0	1,4	2,2	3,3	2,6
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	2,9	- 1,0	3,7	0,2	- 2,2	4,7	2,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	0,6	0,2	1,8	- 0,1	0,6	2,0	1,7
Verfügbares Einkommen	1,8	2,2	3,0	2,1	2,3	2,9	3,0
Konsumausgaben	2,1	2,1	2,7	2,0	2,2	2,6	2,8
Sparen	- 1,6	3,3	4,9	3,2	3,3	5,2	4,4

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷

a) Mrd.EUR

Einnahmen							
Steuern	637,9	657,9	679,9	330,7	327,2	340,9	339,0
Sozialbeiträge	465,4	480,6	496,2	233,7	246,9	241,0	255,2
Vermögenseinkommen	21,3	23,9	23,4	14,7	9,2	14,2	9,2
Sonstige Transfers	18,4	18,0	18,0	8,8	9,2	8,8	9,2
Vermögenstransfers	10,4	10,4	10,0	4,9	5,5	4,7	5,3
Verkäufe	95,8	100,1	102,8	46,7	53,4	48,0	54,8
Sonstige Subventionen	0,3	0,3	0,3	0,1	0,2	0,1	0,2
Insgesamt	1 249,4	1 291,0	1 330,6	639,6	651,5	657,7	672,8
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	358,5	375,6	396,2	180,5	195,1	190,4	205,8
Arbeitnehmerentgelt	217,6	224,2	230,8	107,5	116,7	110,6	120,2
Vermögenseinkommen (Zinsen)	56,3	50,5	49,9	25,5	25,0	24,9	25,0
Subventionen	24,7	26,2	26,0	12,9	13,4	12,8	13,2
Monetäre Sozialleistungen	439,9	450,8	465,9	224,8	226,0	233,7	232,2
Sonstige laufende Transfers	62,0	63,5	65,3	35,1	28,4	36,0	29,2
Vermögenstransfers	24,8	22,1	22,6	8,5	13,6	8,6	14,0
Bruttoinvestitionen	62,8	65,0	68,1	28,1	36,8	29,4	38,7
Nettozugang an nichtprod. Vermö- gsgütern	- 1,4	- 1,3	- 1,4	- 0,6	- 0,7	- 0,7	- 0,7
Insgesamt	1 245,3	1 276,5	1 323,3	622,3	654,3	645,8	677,5
Finanzierungssaldo	4,2	14,5	7,3	17,3	- 2,8	11,9	- 4,7

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Deutsche Konjunktur im Dezember 2014

Vorausschätzung für die Jahre 2014 und 2015

	2013	2014	2015	2014		2015	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Einnahmen							
Steuern	2,9	3,1	3,3	3,4	2,9	3,1	3,6
Sozialbeiträge	2,4	3,3	3,2	3,4	3,2	3,2	3,3
Vermögenseinkommen	- 2,7	12,2	- 2,0	25,3	- 3,8	- 3,5	0,3
Sonstige Transfers	0,4	- 2,7	0,1	- 1,1	- 4,1	0,0	0,2
Vermögenstransfers	- 5,9	0,1	- 4,2	2,2	- 1,6	- 4,1	- 4,2
Verkäufe	4,1	4,5	2,8	4,5	4,4	2,8	2,8
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	2,6	3,3	3,1	3,8	2,9	2,8	3,3
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	4,7	4,8	5,5	4,7	4,8	5,5	5,5
Arbeitnehmerentgelt	2,3	3,0	2,9	3,1	3,0	2,9	3,0
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 10,8	- 10,4	- 1,1	- 12,3	- 8,4	- 2,2	0,0
Subventionen	1,4	6,1	- 0,8	7,0	5,4	- 0,5	- 1,0
Monetäre Sozialleistungen	2,4	2,5	3,3	1,4	3,6	3,9	2,7
Sonstige laufende Transfers	13,8	2,4	2,8	4,1	0,3	2,7	2,9
Vermögenstransfers	- 10,4	- 10,9	1,9	- 23,2	- 0,9	1,4	2,3
Bruttoinvestitionen	1,0	3,5	4,8	13,6	- 3,1	4,3	5,2
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	2,5	2,5	3,7	2,3	2,7	3,8	3,6

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes - ¹Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. - ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - ³Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.- ⁴Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen. - ⁵Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.- ⁶Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche). - ⁷Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. - ⁸Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Roland Döhrn, György Barabas, Angela Fuest und Heinz Gebhardt

Konjunktur in Nordrhein-Westfalen: Expansion bleibt schwach¹

Zusammenfassung: Die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens wächst weiterhin langsamer als die im übrigen Bundesgebiet. Die wirtschaftliche Schwäche hat allem Anschein nach vorwiegend strukturelle Gründe. Eine wichtige Rolle spielen dabei wohl die große Bedeutung von Grundstoffindustrien und der Wandel im Energiesektor. Vor diesem Hintergrund dürfte das nordrhein-westfälische BIP im Jahr 2014 nur um 0,9% zunehmen. Auch für 2015 zeichnet sich mit 1,0% eine niedrigere Zuwachsrate des BIP ab als in Deutschland insgesamt. Dies liegt auch daran, dass Nordrhein-Westfalen aller Erfahrung nach von Aufschwüngen, die vom Konsum getragen sind, weniger profitiert als von solchen, die mit lebhaften Exporten und Ausrüstungsinvestitionen einhergehen. Vor diesem Hintergrund wird auch die Arbeitslosigkeit höher bleiben als im übrigen Bundesgebiet. Die schwächer als erwartete wirtschaftliche Expansion hat u.a. zu einem im Jahr 2014 steigenden Defizit im Landeshaushalt geführt. Im kommenden Jahr soll das Haushaltsdefizit u.a. durch eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer reduziert werden, die das Wachstum eher dämpfen wird.

Abstract: Economic growth in North Rhine-Westphalia continues to be lower compared to Germany as a whole. The weakness seems to have structural reasons, on particular the still high importance of basic industries and the change in the energy sector. Against this background, GDP growth will only reach 0,9% in 2014. For 2015, growth a GDP rate of 1,0% is expected which is once again lower than the German rate. This is also due to the fact that upswings borne by private consumption are less beneficial for the North Rhine-Westphalian economy than those supported by strong exports and investment in equipment. Thus, unemployment will stay higher than in residual Germany. In this year, the weaker than expected GDP growth led to an increase of public deficit. In 2015, the public deficit will be curbed by an increase of the land tax which, however, will dampen economic growth.

¹ Abgeschlossen am 17.12.2014 Wir danken Wim Kösters, Hermann Rappen und Sabine Weiler für hilfreiche Hinweise und kritischen Anmerkungen zu früheren Fassungen dieses Beitrags. Korrespondenzadresse doehrn@rwi-essen.de

1. Produktionswachstum erneut unterdurchschnittlich

1.1. Schwäche hat strukturelle Ursachen

Die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens hat im Jahr 2014 im Vergleich zu den anderen deutschen Ländern weiter an Boden verloren. Die Industrie- und die Bauproduktion entwickeln sich weiterhin schwächer als in Deutschland insgesamt, und auch der Auftragseingang stellt sich ungünstiger dar (Schaubild 1). Dass die Produktion nun schon seit einigen Jahren mit unterdurchschnittlichen Raten wächst, hat Folgen für den Arbeitsmarkt: Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wurde mit geringerem Tempo ausgeweitet als in Deutschland insgesamt, und die Arbeitslosigkeit nahm seit 2011 deutlich zu, während sie bundesweit mehr oder weniger stagnierte. Im Verlauf dieses Jahres entwickelten sich Arbeitslosigkeit und Beschäftigung allerdings annähernd parallel zu der in Deutschland, was zumindest in diesem Bereich auf eine gewisse Entspannung hindeutet. Dies ändert freilich nichts daran, dass das Wachstum der nordrhein-westfälischen Wirtschaft auch in diesem Jahr hinter dem in Deutschland insgesamt zurückblieben dürfte.

Im ersten Halbjahr 2014 war das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) Nordrhein-Westfalens 1% höher als im ersten Halbjahr des Vorjahres. Der Rückstand gegenüber Deutschland insgesamt betrug 0,7%-Punkte, womit sich die ungünstige Tendenz der vergangenen Jahre fortsetzte (Schaubild 2).² Daran dürfte sich auch im zweiten Halbjahr wenig ändern. Dafür sprechen nicht nur die realwirtschaftlichen Indikatoren, sondern auch die Tatsache, dass nordrhein-westfälische Unternehmen ihre Geschäftslage ungünstiger einschätzen als die deutschen Unternehmen insgesamt und dass sich das Geschäftsklima im Verlauf dieses Jahres hierzulande stärker verschlechtert hat (Schaubild 3).

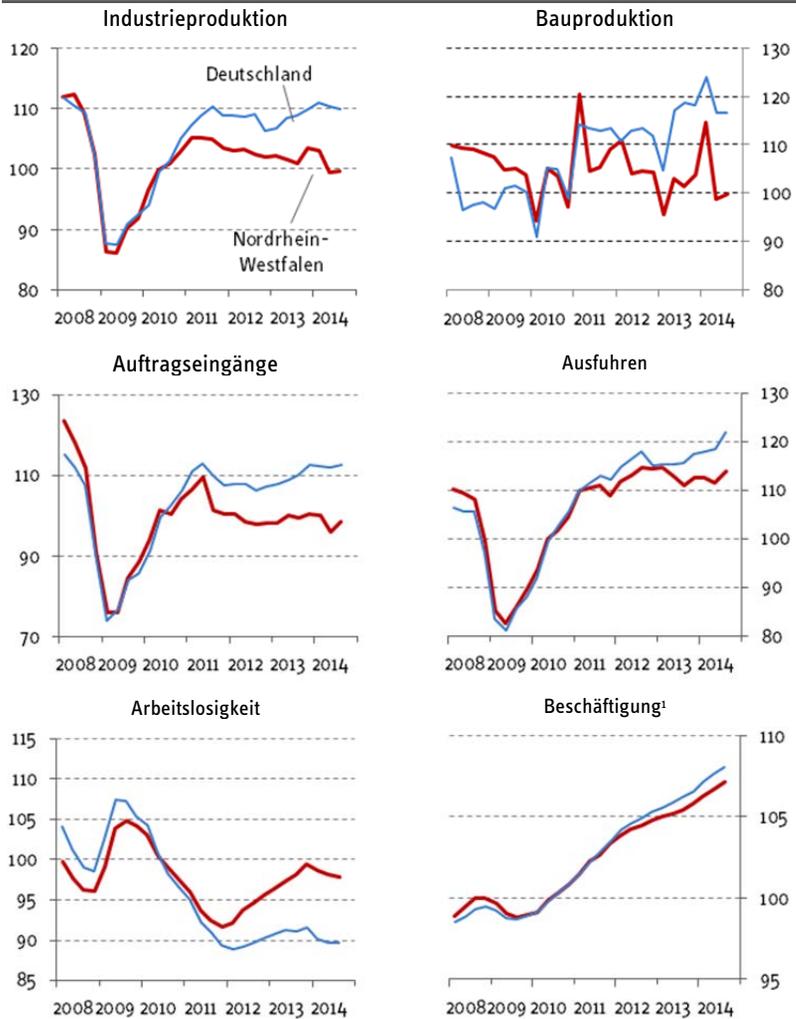
² Allerdings sind derzeit Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) der Länder und der des Bundes nur beschränkt vergleichbar. Seit September 2014 werden die VGR des Bundes entsprechend den Konventionen des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen ESVG 2010 erstellt (zur Revision der VGR vgl. Döhrn et al. 2014a: 46-48). Die VGR der Länder haben diese Revision noch nicht nachvollzogen. Angaben entsprechend der Systematik des ESVG 2010 werden frühestens im März 2015 veröffentlicht. Lediglich der Wert für das erste Halbjahr wurde bereits nach dem neuen Konzept der VGR ausgewiesen; er ist mit erhöhter Unsicherheit behaftet. Auch jenseits von solchen Großen Revisionen werden die Angaben der VGR der Länder nach der ersten Veröffentlichung unter Umständen noch erheblich verändert, weshalb Aussagen zu den BIP-Raten der Bundesländer stets mit erhöhter Unsicherheit behaftet sind. So wies NRW nach den im Februar 2013 veröffentlichten Daten im Jahr 2012 einen Wachstumsrückstand gegenüber dem Bund auf. Nach den im Februar 2014 veröffentlichten Daten wuchs das BIP in NRW und im Bund 2012 zwar im Gleichschritt, jedoch stellt sich der Rückstand im Jahr 2010 inzwischen weitaus gravierender dar.

RWI-Konjunkturbericht 64 (4)

Schaubild 1

Indikatoren der Konjunktur

2008 bis 2014, 2010 = 100, Quartalsdurchschnitte, saisonbereinigt

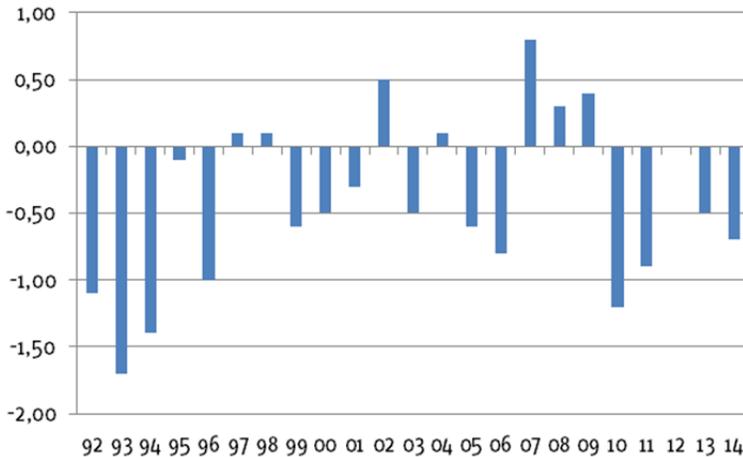


Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und der Deutschen Bundesbank, Hauptverwaltung Düsseldorf. - ¹Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

Konjunkturbericht Nordrhein-Westfalen

Schaubild 2

Wachstumsabstand Nordrhein-Westfalens gegenüber Deutschland insgesamt
1992 bis 2014; Differenz der Zuwachsraten des realen BIP



Eigene Berechnungen nach Angaben des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. 2014: Erstes Halbjahr.

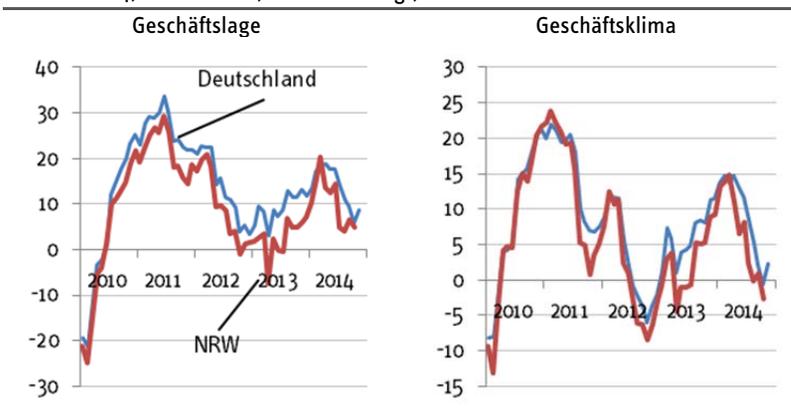
Eine für unsere Prognose wichtige Frage ist, ob die wirtschaftliche Schwäche Nordrhein-Westfalens konjunkturell oder strukturell bedingt ist und damit im Prognosezeitraum anhalten dürfte. Gegen zyklische Gründe spricht, dass sich das Muster konjunktureller Schwankungen in Nordrhein-Westfalen bis 2011 nur wenig von dem im übrigen Deutschland unterschied (Döhrn et al. 2012: 15-20). Auf strukturelle Gründe weist hin, dass insbesondere die Industrie und das Baugewerbe gegenüber dem übrigen Bundesgebiet zurückgefallen sind. Im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2008 wurden noch rund 22% der Wertschöpfung des deutschen Verarbeitenden Gewerbes in Nordrhein-Westfalen erwirtschaftet, im Jahr 2013 waren es erstmals weniger als 20%. Im Baugewerbe sank der Anteil Nordrhein-Westfalens an der deutschen Wertschöpfung von rund 19% im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2008 auf nur noch 17,7% im Jahr 2013. Im Dienstleistungssektor blieb hingegen der Beitrag des Landes zur deutschen Wertschöpfung mit rund 22,5% konstant.

Die Gründe für die vergleichsweise schwache Entwicklung der Bauwirtschaft wurden bereits im vergangenen Jahr diskutiert (Döhrn et al 2013: 19): Der überdurchschnittlich starke Bevölkerungsrückgang, die geringere Wohneigentumsquote und die ungünstigere Finanzlage der Kommunen des Landes dürften dabei eine Rolle

Schaubild 3

Geschäftslage und Geschäftsklima in der Gewerblichen Wirtschaft¹

2010 bis 2014, Saldenindex, saisonbereinigt,



Nach Angaben des ifo Instituts und der NRW.Bank. - ¹Verarbeitendes Gewerbe, Bauwirtschaft und Handel.

spielen. Dämpfend auf die künftige Bautätigkeit werden voraussichtlich die Mietpreisbremse und die Erhöhung der Grunderwerbsteuer wirken. Die vergleichsweise ungünstige Entwicklung der nordrhein-westfälischen Industrie liegt wohl in erster Linie an ihrer sektoralen Zusammensetzung. So haben Grundstoffindustrien nach wie vor eine große Bedeutung. Ein gewichtiges Beispiel dafür ist die Stahlindustrie, die zwar im Vergleich zu vielen anderen Industriestaaten gut dasteht (Döhrn und Janßen-Timmen 2013), deren Produktion aber mengenmäßig in der Tendenz nicht mehr wächst und voraussichtlich auch künftig kaum wachsen wird. Ähnlich dürfte die Lage in der Grundstoffchemie sein, die hierzulande einen größeren Beitrag zur Chemieproduktion leistet als im übrigen Bundesgebiet. Hinzu kommt, dass Grundstoffindustrien besonders energieintensiv produzieren und oft auch wesentlich zum CO₂-Ausstoß beitragen. Damit werden sie in besonderem Maße durch die Verschärfung von Umweltauflagen betroffen.

Zugleich ist der Automobilsektor, der in Deutschland nach wie vor einer der Wachstumsmotoren ist, in Nordrhein-Westfalen deutlich schwächer vertreten als im Durchschnitt der anderen Bundesländer; zudem spielen hierzulande Unternehmen eine große Rolle, die kaum Fahrzeuge auf den stark wachsenden Märkten außerhalb Europas absetzen. Die Schließung des Opel-Werkes in Bochum wird die Produktion sogar zurückgehen lassen. Eine zusätzliche Belastung dürfte daraus resultieren, dass der Außenhandel Nordrhein-Westfalens etwas stärker auf den Euro-Raum und auch auf Russland ausgerichtet ist als der der anderen Bundesländer (Döhrn et al. 2011). Daher liegt es nahe, dass die Rezession im Euro-Raum und der

Konjunktur in Nordrhein-Westfalen

ukrainisch-russische Konflikt die hiesige Wirtschaft in stärkerem Maße treffen. All dies dürfte zu der hierzulande ungünstigeren Stimmung in den Unternehmen beitragen (Schaubild 3).

Belastend auf die wirtschaftliche Expansion in Nordrhein-Westfalen wirken wohl auch die Energiewende und die Deregulierung der Energiemärkte. Durch sie gerieten zum einen die im Land ansässigen Energiekonzerne unter Anpassungsdruck, was sich weniger in der Energieerzeugung als vielmehr in geringeren Gewinnen und einem Personalabbau in der Branche niederschlug. Zum anderen weist das Land nach wie vor einen Rückstand bei erneuerbaren Energien auf, sowohl was deren Nutzung angeht, als auch bei den Bemühungen, die Nutzung erneuerbarer Energien zu fördern (Diekmann, Schill 2014).

1.2. Arbeitslosigkeit bleibt hartnäckig hoch

Aufgrund der schwachen gesamtwirtschaftlichen Expansion hat sich auch der Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen ungünstiger entwickelt als im übrigen Bundesgebiet. Die Beschäftigung entwickelte sich zwar auch hierzulande aufwärts. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erreichte im September 2014 einen neuen Höchststand. Zusätzliche Beschäftigungsverhältnisse entstanden insbesondere im Dienstleistungssektor (im September +1,9% gegenüber dem Vorjahr). Vor allem in den Bereichen Immobilien, freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen (+4,9%), sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen (+4,4%) und Heime und Sozialwesen (+3,8%) nahm die Beschäftigung zu. Dagegen ging die Zahl der Stellen im Bereich Bergbau, Energie- und Wasserversorgung und Entsorgungswirtschaft um 2,2% zurück.

Obwohl die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen höher ist als in den anderen westdeutschen Flächenländern, wurde auch hierzulande der Beschäftigungsaufbau allem Anschein nach zu einem großen Teil aus dem Anstieg des Erwerbspersonenpotenzials gespeist, der aus Wanderungsgewinnen und einer gestiegenen Erwerbsneigung resultierte. Jedenfalls führte der Anstieg der Beschäftigung nicht zu einem spiegelbildlichen Rückgang der Zahl der Arbeitslosen. Diese sank zwar jüngst wieder und erreichte im November 2014 den tiefsten Wert seit Dezember 2012, jahresdurchschnittlich wird sie 2014 allerdings voraussichtlich über den Werten der Jahre 2011 bis 2013 liegen, während sie in Deutschland insgesamt voraussichtlich rückläufig sein wird.

Allerdings bestehen innerhalb Nordrhein-Westfalens erhebliche Unterschiede. So herrscht in Teilen des Münsterlandes und des Sauerlands annähernd Vollbeschäfti-

gung³, während die Arbeitslosenquoten im Ruhrgebiet hoch und auch kaum gesunken sind.⁴ Der dort beträchtliche Anteil von Langzeitarbeitslosen prägt die Struktur der Arbeitslosigkeit im Lande. So waren 44,6% der Arbeitslosen im Oktober 2014 länger als ein Jahr arbeitslos gemeldet. Bundesweit liegt dieser Anteil bei lediglich rund einem Drittel. In den vergangenen Jahren wies nur Bremen einen höheren Anteil auf als Nordrhein-Westfalen. Das Nebeneinander von Regionen mit sehr hoher und sehr niedriger Arbeitslosigkeit sowie die Tatsache, dass der Beschäftigungsaufbau kaum zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit beiträgt, weisen darauf hin, dass die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen zu einem erheblichen Teil auf strukturelle Ursachen zurückzuführen ist. Die Arbeitslosenquote wird 2014 voraussichtlich unverändert 8,3% betragen, womit sich der Abstand zur gesamtdeutschen Quote, die von 6,9% auf 6,7% sinkt, etwas vergrößert.

2. Ausblick für 2015

Da der Wachstumsrückstand Nordrhein-Westfalens während der vergangenen Jahre wohl vorwiegend struktureller Natur war, dürfte die gesamtwirtschaftliche Expansion auch im Prognosezeitraum hinter der in Deutschland insgesamt zurückbleiben. Dass der Rückstand in diesem Jahr wohl beträchtlich sein wird, deutet sich bereits in den ungünstigen Vorgaben für das erste Halbjahr an: Das BIP nahm mit einer um 0,7%-Punkte geringeren Rate zu als bundesweit. Die aktuellen Konjunkturindikatoren verheißen auch kaum Besserung für das zweite Halbjahr. Alles in allem dürfte das nordrhein-westfälische BIP 2014 um lediglich 0,9% zugenommen haben, während es in Deutschland voraussichtlich um 1,5% steigt.

Im kommenden Jahr wird die deutsche Konjunktur vor allem von den privaten Konsumausgaben getragen werden. Sie profitieren zum einen von einem anhaltenden, wenn auch durch die Einführung des Mindestlohns verlangsamten Beschäftigungsaufbau und von weiter steigenden Löhnen, zum anderen von dem Rückgang des Rohölpreises und dem daraus resultierenden Kaufkraftgewinn. Für Nordrhein-Westfalen hat sich eine solche Struktur der gesamtwirtschaftlichen Expansion in der Vergangenheit eher als nachteilig erwiesen. Jedenfalls war der Wachstumsrückstand gegenüber Deutschland in jenen Jahren besonders ausgeprägt, in denen die Konsumnachfrage Treiber der Konjunktur war. Zwar dürfte auch hierzulande der Dienstleistungssektor Impulse von einem starken privaten Verbrauch erhalten,

³ Im November 2014 betrug die Arbeitslosenquote in den Kreisen Coesfeld 3,1%, in Borken 4,1%, in Olpe 4,3%, in Steinfurt 4,7% und im Hochsauerlandkreis 4,9%.

⁴ Im November 2014 lag die Arbeitslosenquote in Gelsenkirchen bei 13,3%, in Herne bei 12,6%, in Duisburg bei 12,4%, in Dortmund bei 12,2%, in Essen bei 12,1% und in Oberhausen bei 11,5%.

Konjunktur in Nordrhein-Westfalen

insbesondere der Handel und der Transportsektor. Die Industrieproduktion erhält hingegen ihre Anregungen eher von den Ausrüstungsinvestitionen und den Exporten, die in Deutschland auch 2015 wohl nur verhalten expandieren werden (Döhrn et al. 2014b). Vor diesem Hintergrund erwarten wir für 2015 einen Anstieg des nordrhein-westfälischen BIP um lediglich 1,0%, im Vergleich zu 1,5% in Deutschland.

Bei dem von uns erwarteten Produktionsanstieg dürfte die Beschäftigung im Prognosezeitraum weiter zunehmen. Die Folgen der Einführung des flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 8,50€ je Stunde dürften sich zwar in Grenzen halten, weil zum einen die Löhne hierzulande heute bereits überwiegend über dem Mindestlohn liegen,⁵ zum anderen für Langzeitarbeitslose Ausnahmen beim Mindestlohn gelten. Konsequenzen dürfte er jedoch vor allem im Bereich der geringfügigen Beschäftigung haben, in dem die Stundenlöhne derzeit noch häufig unter 8,50€ liegen. Die Arbeitslosenquote dürfte dadurch aber nur wenig beeinflusst werden, da viele der geringfügig Beschäftigten keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben und sich deshalb nicht arbeitslos melden dürften. Vor diesem Hintergrund erwarten wir für 2015 einen leichten Rückgang der Arbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen auf 8,2%.

3. Konjunktur belastet öffentliche Haushalte

Die Finanzlage des Landes Nordrhein-Westfalen hat sich im Jahr 2014 ungünstiger entwickelt als bei Verabschiedung des Haushaltsplans angenommen. Daher hat die Landesregierung einen Nachtragshaushalt verabschiedet, in dem die Nettoneuverschuldung mit 3,19 Mrd. € um knapp 800 Mill. € höher veranschlagt wurde als bislang geplant. Zu einem guten Teil (433 Mill. €) lässt sich die Ausweitung der Neuverschuldung auf Mehrausgaben zurückführen, die aus dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs des Landes zur Beamtenbesoldung resultieren⁶. Hier rächt sich, dass die Landesregierung bei Einsparungen vor allem auf Einschnitte bei der Beam-

⁵ Nach dem Tarifspegel 2013 gab es in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2013 in 43 Branchen insgesamt 174 Tarifverträge, die Lohngruppen enthielten, in denen die Grundvergütungen unter 8,50€ je Stunde lagen. Unklar ist, in welchem Umfang und ob überhaupt diese unteren Tarifgruppen mit Mitarbeitern besetzt sind (MAIS 2013).

⁶ Der Verfassungsgerichtshof in Münster hat am 1. Juli 2014 das Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2013/2014 sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen vom 16. Juli 2013 für verfassungswidrig erklärt. Dieses Gesetz sah vor, die Tarifierhöhung im öffentlichen Dienst für 2013 und 2014 nicht auf alle Beamtenbesoldungsgruppen zu übertragen. Während für die unteren Gruppen in den Jahren 2013 und 2014 eine Tarifierhöhung von insgesamt 5,6 % vorgesehen war, sollten die Tarife der mittleren Besoldungsstufen nur um 2% und die der oberen Gruppen nicht angehoben werden.

RWI Konjunkturbericht 64 (4)

tenbesoldung setzte, obwohl das Normenkontrollverfahren bei Vorlage des Haushalts 2014 bereits anhängig war und es in einer Anhörung des Unterausschusses „Personal“ des Landtages massive Kritik an dem Gesetzentwurf – nicht zuletzt aus verfassungsrechtlicher Sicht – gegeben hatte (Landtag NRW 2013).

Allerdings mussten auch die Ansätze für das Steueraufkommen erheblich nach unten korrigiert werden, wofür neben der schwächer als erwarteten Konjunktur wohl auch die schwierige Ertragslage der Energiewirtschaft ausschlaggebend war. Im Nachtragshaushalt 2014 wurde das Steueraufkommen um knapp 1,2 Mrd. € geringer angesetzt als in der bisherigen Haushaltsplanung; den Steuerausfällen stehen aber Mehreinnahmen aus dem Länderfinanzausgleich und aus Bundesergänzungszuweisungen von insgesamt 540 Mill. € gegenüber. Auch hier wäre eine vorsichtiger Planung angebracht gewesen. So hatte der Arbeitskreis Steuerschätzungen im November 2013 den Zuwachs der Steuereinnahmen der Länder insgesamt um 2,1%-Punkte geringer prognostiziert als das Land bei Aufstellung seines Haushalts.

Nach der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse müssen die Länder ab dem Jahr 2020 strukturell ausgeglichene Haushalte aufweisen. In Nordrhein-Westfalen wird die dazu erforderliche Rückführung des Defizits mit Vorlage des

Tabelle 1

Eckwerte der Haushalts- und Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2013 bis 2018

	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Finanzplanung 2014 bis 2018						
Ber. Gesamtausgaben, Mill. €	59213	61793	63114	65167	67122	68257
Veränd. gg. Vorjahr in %	1,8	4,4	2,1	3,3	3,0	1,7
Ber. Gesamteinnahmen, Mill. €	56768	59757	61636	64321	66471	68328
Veränd. gg. Vorjahr in %	4,0	5,3	3,1	4,4	3,3	2,8
Steuereinnahmen, Mill. €	44665	46971	48884	50588	52514	54689
Veränd. gg. Vorjahr in %	2,9	5,2	4,1	3,5	3,8	4,1
Eigenfinanzierte Investitionsausgaben, Mill. €	-	4350	4366	4493	4612	4539
Schuldenaufnahme netto, Mill. €	3169	2396	1902	1382	1302	692
Nachtrag 2014 und Haushaltsgesetz 2015						
Schuldenaufnahme netto, Mill. €		3193	1931			

2013: Vorläufiges Ist; 2014: Haushaltsplan; 2015: Haushaltsplanentwurf; 2016-2018: Mittelfristige Finanzplanung.

Konjunktur in Nordrhein-Westfalen

Nachtragshaushalts Jahr 2014 wohl unterbrochen (Tabelle 1). Im Jahr 2015 soll die Neuverschuldung wieder sinken, und zwar auf 1,9 Mrd. €; zum Defizitrückgang trägt auch die zum i. Januar 2015 in Kraft tretende Anhebung der Grunderwerbsteuer von 5 auf 6,5 % bei.

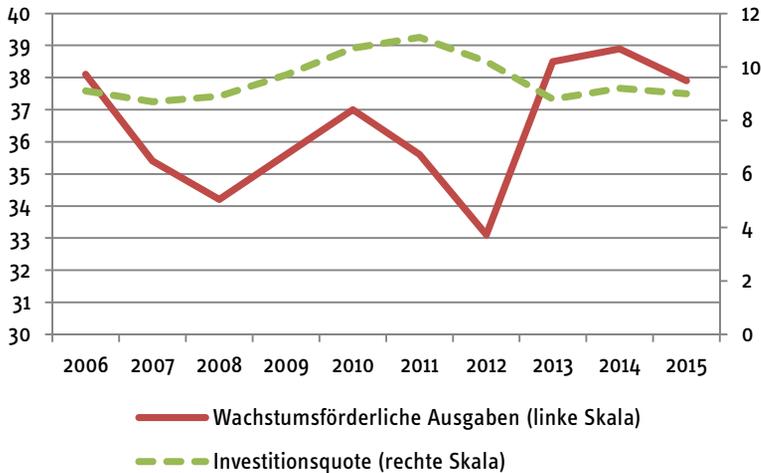
Der mittelfristige Konsolidierungspfad soll eingehalten werden. Die bis 2018 geplante Senkung der Nettoneuverschuldung unter 700 Mill. € ist allerdings keineswegs gesichert. Zum einen beruht der geplante Defizitabbau zum Teil auf globalen Minderausgaben/Mehreinnahmen von 800 bzw. 300 Mill. € p.a., die im Haushaltsvollzug erst noch realisiert werden müssen. Zum anderen bestehen im Zusammenhang mit der Restrukturierung der WestLB/Portigon erhebliche Haushaltsrisiken, für die in der mittelfristigen Finanzplanung keine über das Sondervermögen „Risikoabschirmung WestLB AG“ hinausgehende Vorsorge getroffen ist.⁷

Die Finanzlage des Landes hat sich zudem in den vergangenen Jahren auch dadurch gebessert, dass das historisch niedrige Zinsniveau erhebliche Zinersparnisse bei der Refinanzierung auslaufender Kredite ermöglichte. Als Folge davon sind die Zinsausgaben in diesem Jahr auf den niedrigsten Stand seit 1996 gefallen, obwohl sich die Kreditmarktverschuldung des Kernhaushaltes im gleichen Zeitraum mehr als verdoppelte. Nach den üblichen Messverfahren (Girouard und André 2005) wird eine auf günstigen Refinanzierungskonditionen beruhender Defizitabbau zwar als strukturell interpretiert, doch sind diese Einsparungen nicht als dauerhaft anzusehen. Zwar wird in den Haushaltsplanungen ein geringer Anstieg des Zinsniveaus unterstellt und steigende Zinsen werden auch nur allmählich auf die Zinsausgaben durchschlagen, weil niedrig verzinsten Papiere erst nach und nach durch höher verzinsten ersetzt werden müssen. Doch resultieren auch hieraus Haushaltsrisiken, so könnten die Zinsen gegen Ende des Jahrzehnts mit Normalisierung der Lage im Euro-Raum beschleunigt steigen, so dass die Konsolidierung dann bei deutlich steigenden Zinsausgaben erfolgen müsste. Schon ein Anstieg der Durchschnittsverzinsung um einen Prozentpunkt würde beim derzeitigen Schuldenstand langfristig eine um reichlich 1 Mrd. € höhere Zinsbelastung nach sich ziehen.

Damit Nordrhein-Westfalen ab dem Jahr 2020 die Schuldenbremse einhalten kann, ist in den kommenden Jahren ein zügigerer Abbau des strukturellen Defizits angezeigt. Bisher kam das Land – verglichen mit anderen Ländern – auf dem Weg zu einem strukturell ausgeglichenen Haushalt nur langsam voran, weil nur geringe

7 Der Verzicht auf eine weitere Vorsorge wird damit begründet, dass die finanziellen Auswirkungen für die folgenden Haushaltsjahre nicht belastbar prognostiziert werden könnten und dass etwaige Mehraufwendungen zudem lediglich einen Einmaleffekt und keine strukturelle Wirkung in der langen Frist begründen würden.

Schaubild 4
Investitionsquote¹ und Anteil wachstumsfördernder Ausgaben² am Landeshaushalt
Nordrhein-Westfalens
2006-2015



Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben des Finanzministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen. ¹Anteil der Investitionsausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben. ²Zur Abgrenzung der berücksichtigten Ausgaben und Aufgaben vgl. RWI (2012) sowie RWI (2004).

Einsparungen vorgenommen wurden. Auch ist keine Strategie zu erkennen, wie dies in den kommenden Jahren gelingen soll. Eine Verschiebung der Konsolidierung hin zum Ende der Übergangsfrist wäre aber mit erheblichen Risiken verbunden, da erfahrungsgemäß nicht von einem dauerhaft anhaltenden Aufschwung ausgegangen werden kann. Vielmehr ist auch in diesem Jahrzehnt mit einem konjunkturellen Einbruch zu rechnen, bei dem Einsparmaßnahmen prozyklisch wirken würden.

Die Haushaltskonsolidierung fiel naturgemäß erheblich leichter, wenn die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen wieder stärker wachsen würde. Hierzu könnte die Landesregierung einen Beitrag leisten, indem sie die Haushaltspolitik wachstumsgerechter gestaltete, die qualitative Konsolidierung des Landeshaushalts also vorankäme. Gestaltungsspielraum besitzen hier die Länder vor allem auf der Ausgabenseite, da sie nur bei der Grunderwerbssteuer über die Gesetzgebungskompetenz verfügen. Als wachstumsfördernd gelten neben Sachinvestitionen⁸, die den physi-

⁸ Der haushaltsrechtliche Investitionsbegriff umfasst neben Sachinvestitionen auch Finanzinvestitionen und Investitionsfördermaßnahmen.

Konjunktur in Nordrhein-Westfalen

schen Infrastrukturkapitalstock erhöhen, auch laufende öffentliche Ausgaben, die – obwohl haushaltsrechtlich als konsumtiv klassifiziert – die Produktionsmöglichkeiten erweitern. Betrachtet man allein die Investitionsquote, so ist diese von 2008 bis 2011 nicht zuletzt wegen des Konjunkturpaketes II gestiegen; sie sinkt mittlerweile aber wieder (Schaubild 4). Im Jahre 2015 fällt sie laut Haushaltsplanung wieder auf das Niveau von 2006. Etwas günstiger stellt sich auf den ersten Blick die Entwicklung der wachstumsförderlichen Ausgaben dar. Allerdings ist der erhebliche Bedeutungszuwachs im Jahr 2013 auf einen Einmaleffekt im Hochschulbereich zurückzuführen. Ein Vergleich mit Bayern und Baden-Württemberg zeigt, dass deren Haushalte in den vergangenen Jahren deutlich wachstumsfreundlichere Strukturen aufwiesen als der nordrhein-westfälische Haushalt.

Einsparungen und Steuererhöhungen sind im Hinblick auf ihre Wachstumswirkungen nicht gleichwertig: Die Aussichten für eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung sind dann am größten, wenn insbesondere bei konsumtiven Ausgaben ange setzt wird und investive Ausgaben von Kürzungen ausgenommen werden (Gebhardt und Siemers 2008). Eine qualitative Konsolidierung ist mittel- und langfristig mit Wachstumsgewinnen verbunden. Hingegen ist die zum 1. Januar 2015 in Kraft tre tende Erhöhung der Grunderwerbsteuer von 5 auf 6,5 % mit Blick auf die Wohnungsbauminvestitionen nicht unproblematisch. Auf Steuererhöhungen könnte ver zichtet werden, wenn sparsam gewirtschaftet wird, denn Nordrhein-Westfalen hat kein Einnahmeproblem: Nach der aktuellen Finanzplanung wird das Steuerauf kommen in den kommenden Jahren kräftig expandieren; im Jahr 2018 dürfte es das Niveau von 2010 um rund 17 Mrd. € übertreffen.

Steuermeinnahmen, die aus einer Stärkung des Wachstumspotenzials der nordrhein-westfälischen Wirtschaft resultieren, sind hingegen positiv zu bewerten. Zur Förderung der Wachstums- und Beschäftigungsbedingungen hat die Landesre gierung einige Optionen – nicht nur die angemahnte qualitative Konsolidierung, sondern beispielsweise auch auf dem Gebiet des Bürokratieabbaus und der Dere gulierung.

Literatur

Diekmann, J. und W.-P. Schill (2014), Erneuerbare Energien im Ländervergleich: Bayern, Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern an der Spitze. *DIW-Wochenbericht* 81, Heft 48: 1247-1256.

Döhrn, R., et al. (2011), Produktionswachstum setzt sich fort – Konjunkturbericht Nordrhein-Westfalen 2011. RWI Materialien 64. Essen, RWI.

Döhrn, R. T. Kitlinski und S. Vosen (2012), Schwache Auslandsnachfrage dämpft Konjunktur. Konjunkturbericht Nordrhein-Westfalen 2012. RWI-Materialien 69. Essen, RWI.

RWI Konjunkturbericht 64 (4)

Döhrn, R. et al (2013), Konjunkturbericht Nordrhein-Westfalen: Wirtschaft wächst langsamer als in Deutschland insgesamt. *RWI Konjunkturbericht 64 (4)*: 15-22.

Döhrn, R. et al. (2014a), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Aufschwung bleibt moderat. *RWI Konjunkturbericht 65 (3)*: 39-82.

Döhrn, R. et al. (2014b), Sinkender Rohölpreis stärkt Konjunktur. *RWI Konjunkturbericht 65 (4)*: 5-16.

Döhrn R. und R. Janßen-Timmen (2012), Die Volkswirtschaftliche Bedeutung der Stahlindustrie. *RWI Materialien 71*. Essen.

Gebhardt, H. und L. -H.R. Siemers (2008), Perspektiven und Optionen einer wachstumsorientierten Finanzpolitik. *Wirtschaftsdienst 88 (6)*: 383-390.

Girouard, N. und C. André (2005), Measuring Cyclically-adjusted Budget Balances for OECD Countries, OECD Department Working Papers 434, OECD Publishing.

Landtag Nordrhein-Westfalen (2013), Unterausschuss „Personal“ des Haushalts und Finanzausschusses und Ausschuss für Kommunalpolitik. Gemeinsame Sitzung. Ausschussprotokoll Apr 16/276 vom 18.06.2013.

MAIS- Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW (2013), Tarifspiegel 2013. www.tarifregister.nrw.de.

RWI (2004), Entwicklung eines Nachhaltigkeitskonzeptes für den Landeshaushalt NRW. Forschungsvorhaben im Auftrag des Finanzministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen. Essen.

RWI (2012), Analyse der Nachhaltigkeit und der Wirtschaftsorientierung des Landeshaushalts Baden-Württemberg. Endbericht. Forschungsprojekt im Auftrag der IHK Region Stuttgart. Essen: Oktober 2012.

Konjunktur in Nordrhein-Westfalen

Rüdiger Budde und Martin Micheli

Monitoring regionaler Immobilienpreise 2014¹: Preisaufrtrieb auf breiter Front – aber geringe Gefahr von Blasen

Zusammenfassung: *In den vergangenen Jahren sind die Kaufpreise deutscher Immobilien deutlich gestiegen. Allerdings sind die Preissteigerungen sehr heterogen über das Bundesgebiet verteilt. Indizien für übersteigerte Preiserwartungen sind nur für vereinzelte Arbeitsmarktregionen zu finden und die Anzeichen für eine landesweite Immobilienpreisblase daher sehr gering. Dennoch sollten die Preise in verschiedenen Arbeitsmarktregionen genauer beobachtet werden.*

Abstract: *German real estate prices increased considerably in recent years. However, upward pressure on prices has been heterogeneous across labour market regions. Even though there is some evidence for excessive price expectations in some labour market regions, there is little evidence for the build-up of a countrywide price bubble. Nevertheless, property prices in some labour market regions should be carefully monitored.*

¹ Abgeschlossen am 10.02.2015. Wir danken Katharina Brach, Roland Döhrn und Wim Kösters für hilfreiche Hinweise und kritische Anmerkungen zu früheren Fassungen dieses Beitrags und Immobilienscout24 für die Bereitstellung der Daten. Korrespondenzadresse martin.micheli@rwi-essen.de

Monitoring regionaler Immobilienpreise

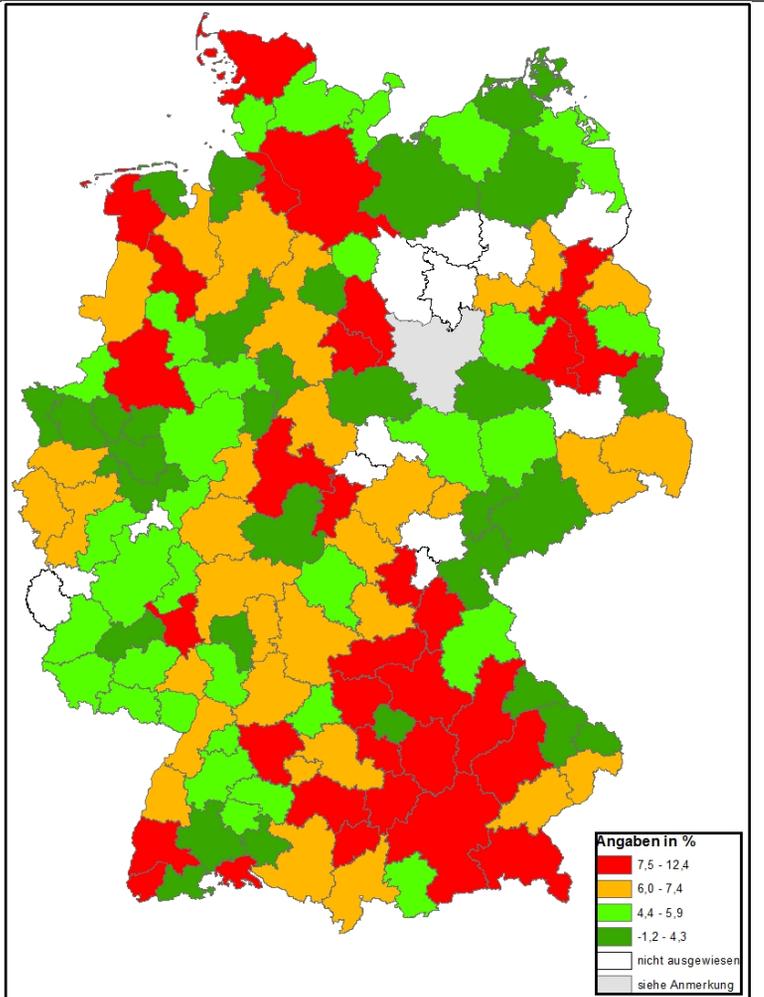
Seit 2011 haben die Immobilienpreise in Deutschland kräftig angezogen. Dies wird bisweilen mit einer gewissen Sorge betrachtet. Denn nicht zuletzt die durch die US-Immobilienkrise ausgelöste globale Finanzkrise veranschaulicht, welche Folgen das Platzen von Preisblasen an Immobilienmärkten für die realwirtschaftliche Entwicklung eines Landes und sogar der Welt haben kann. Vor diesem Hintergrund hat das RWI im vergangenen Jahr ein regelmäßiges Monitoring regionaler Immobilienpreise begonnen (Budde und Micheli 2013). Es basiert auf Preisen aus Verkaufsangeboten auf der Internetplattform „Immobilienscout24“. Mithilfe hedonischer Methoden wird für Qualitätsunterschiede der Immobilien kontrolliert, d.h. eine Vergleichbarkeit zwischen Objekten unterschiedlicher Größe und Ausstattung hergestellt. Als regionale Einheiten wurden Arbeitsmarktregionen gewählt. Da das Arbeitseinkommen ein wichtiger Faktor für das verfügbare Gesamteinkommen eines Haushaltes ist, sollte eine Betrachtung der Immobilienpreise die regionalen Einkommensperspektiven berücksichtigen, welche sich nicht zuletzt aus der Situation des regionalen Arbeitsmarktes ergeben. Für die so berechneten Indizes wird mithilfe von Zeitreihenmethoden analysiert, ob Preissteigerungen festzustellen sind, die auf nicht nachhaltige Entwicklungen der Preise hindeuten.

Die deskriptive Auswertung der qualitätsbereinigten Preisveränderungen zeigt, dass insbesondere die Preise für Eigentumswohnungen (Schaubild 1), aber auch die Hauspreise (Schaubild 2) in den vergangenen Jahren deutschlandweit kräftig gestiegen sind.² Die regionale Betrachtung zeigt jedoch auch, dass der Preisauftrieb nach wie vor sehr heterogen ist. Deutliche Preisanstiege, sowohl für Wohnungen als auch für Häuser, sind insbesondere in Bayern zu verzeichnen, aber auch in Hamburg haben die Preise in beiden Marktsegmenten deutlich angezogen. Im Osten Deutschlands ist der Preisanstieg etwas schwächer, wohingegen insbesondere in der Arbeitsmarktregion Berlin sowie den umliegenden Regionen eine deutliche Verteuerung – insbesondere von Eigenheimen – zu beobachten ist.

Ein hoher Preisanstieg sagt aber noch wenig darüber aus, ob dieser fundamental gerechtfertigt ist oder auf übersteigerten Erwartungen basiert, die das Entstehen einer Preisblase ankündigen können. Um zu testen, welcher Art die Preisanstiege sind, bedienen wir uns des Einheitswurzeltests nach Buseti und Taylor (2004)

² Die Immobilienpreisentwicklung wird nur ausgewiesen, wenn sich die Berechnung des Index auf mindestens 3 000 Beobachtungen stützt. Eine Besonderheit ergibt sich beim Wohnungsmarkt in Magdeburg. Er scheint strukturellen Veränderungen zu unterliegen, welche durch den hedonischen Index nur unzureichend abgegriffen werden können. Daher wird auch die Preisentwicklung in dieser Arbeitsmarktregion nicht ausgewiesen. Eine Übersicht der vollständigen Ergebnisse findet sich in Tabelle 2.

Schaubild 1
Durchschnittliche laufende Jahresrate¹ der Veränderung der Wohnungspreise
2011-2014, in %

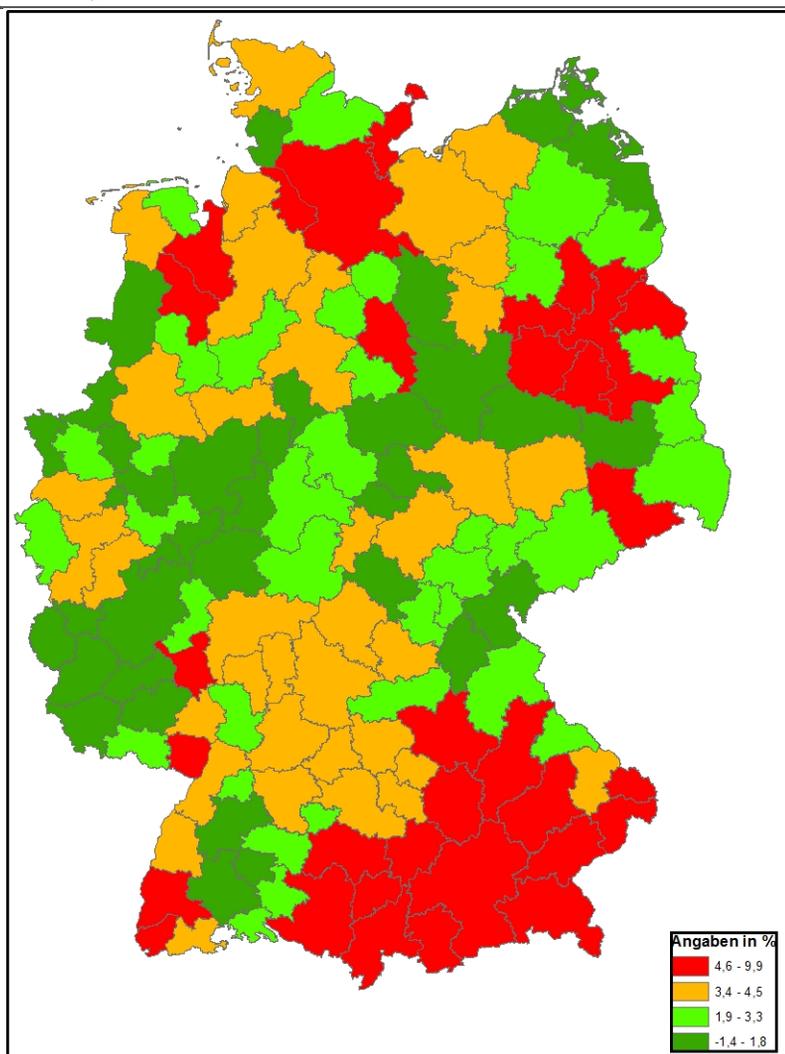


Eigene Berechnungen nach Angaben von Immobilienscout24. Ausgewiesen sind nur Regionen mit mindestens 3 000 Beobachtungen. Zur Arbeitsmarktregion Magdeburg siehe Fußnote 2. – ¹ Jahresdurchschnittliche Veränderung zwischen Dezember 2010 und Dezember 2014.

Monitoring regionaler Immobilienpreise

Schaubild 2

**Durchschnittliche laufende Jahresrate¹ der Veränderung der Hauspreise
2011-2014, in %**



Eigene Berechnungen nach Angaben von Immobilienscout24. - ¹ Jahresdurchschnittliche Veränderung zwischen Dezember 2010 und Dezember 2014.

in der Version von Breitung und Homm (2012). Hierbei wird untersucht, inwieweit die Immobilienpreise durch die Erwartung zukünftig steigender Preise getrieben sind – was sich in einem explosiven Preisprozess äußern würde –, oder ob der Immobilienpreis im Einklang mit der Bewertung in der Vergangenheit steht.³ Ist ersteres der Fall, wäre dies ein Warnzeichen für eine drohende Preisblase.

Ähnlich wie in der Analyse des vergangenen Jahres sind ungeachtet des vielfach kräftigen Anziehens der Immobilienpreise nur in wenigen Arbeitsmarktregionen Hinweise auf explosives Verhalten zu beobachten. Im Segment der Wohnungen (Schaubild 3) gibt es in 11 der 128 ausgewiesenen Arbeitsmarktregionen Anzeichen für übersteigerte Preiserwartungen. Ein Ablehnen der Hypothese – durch vergangene Realisationen bestimmter Immobilienpreise – erfolgt hier mit 95-prozentiger Sicherheit. Schwache Indizien, also eine Ablehnung dieser Hypothese mit 90-prozentiger Sicherheit, finden sich in weiteren fünf Arbeitsmarktregionen. Für den Häusermarkt (Schaubild 4) ist das Bild sehr ähnlich. Auch hier finden wir für elf Arbeitsmarktregionen Anzeichen von Übertreibungen, schwache Indizien gibt es in weiteren sieben. Die vergleichsweise geringe Anzahl zeigt jedoch, dass die Gefahr einer flächendeckenden Entkopplung der Preise von fundamental zu begründenden Werten für Deutschland insgesamt bislang nicht diagnostiziert werden kann. Selbst im Südosten Deutschlands, wo die deskriptive Analyse massive Preissteigerungen angezeigt hat (siehe auch Schaubilder 1 und 2), gibt es nur schwache Indizien für das Aufblähen einer Preisblase.

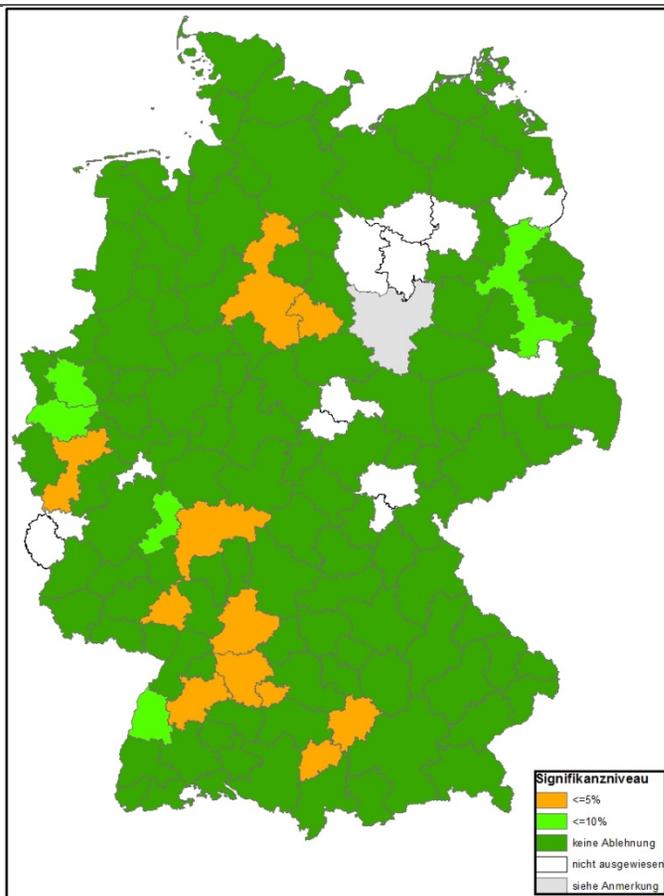
Im Vergleich zum vergangenen Jahr ist insbesondere für das Häuser-Segment die Zahl der Arbeitsmarktregionen, welche einer genauen Überwachung unterzogen werden sollten, leicht gestiegen (Tabelle 1). Allerdings hat es im Vergleich zum Vorjahr deutliche Veränderungen bei der Zusammensetzung der unter Beobachtung zu stellenden Arbeitsmarktregionen gegeben. So können für den um ein Jahr längeren Zeitraum von 2007 bis 2014 nun keine deutlichen Anzeichen für Übertreibungen in Bonn sowie Wohnungen in München und Berlin gefunden werden. Andererseits scheinen insbesondere die Arbeitsmarktregionen Köln und Frankfurt erste Anzeichen einer Überhitzung aufzuweisen.

Die hohe Fluktuation bei den Arbeitsmarktregionen, denen man erhöhte Aufmerksamkeit schenken sollte, kann zweierlei Ursachen haben. Einerseits kann sich

³ Formal wird getestet, ob sich die beobachtete Preiszeitreihe besser durch einen Prozess mit einer Einheitswurzel oder durch einen explosiven Prozess beschreiben lässt.

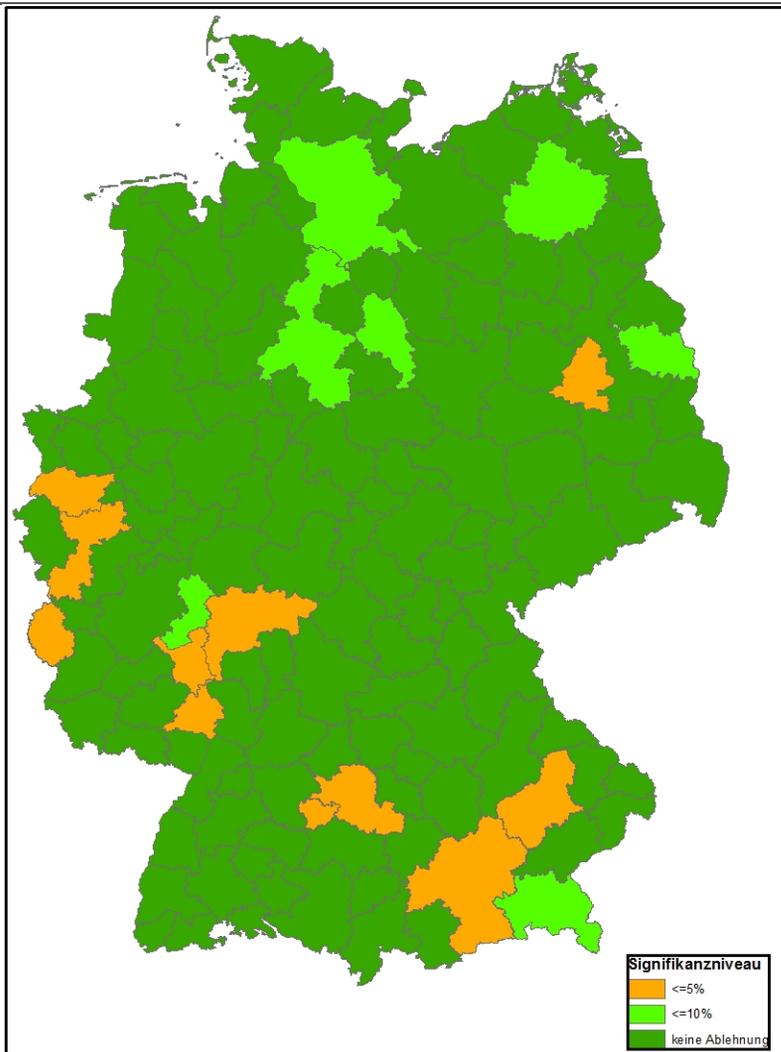
Monitoring regionaler Immobilienpreise

Schaubild 3
Test auf Explosivität des Preisprozesses für Wohnungen
2007–2014



Eigene Berechnungen nach Angaben von Immobilienscout24. . Ausgewiesen sind nur Regionen mit mindestens 3 000 Beobachtungen. Zur Arbeitsmarktregion Magdeburg siehe Fußnote 2. Die Signifikanzniveaus entsprechen demjenigen, auf dem die Nullhypothese eines Einheitswurzelprozesses zugunsten der Alternativhypothese, einem Übergang in einen explosiven Prozess, verworfen werden muss.

Schaubild 4
Test auf Explosivität des Preisprozesses für Häuser
2007–2014



Eigene Berechnungen nach Angaben von Immobilienscout24. Die Signifikanzniveaus entsprechen demjenigen, auf dem die Nullhypothese eines Einheitswurzelprozesses zugunsten der Alternativhypothese, einem Übergang in einen explosiven Prozess, verworfen werden muss.

Monitoring regionaler Immobilienpreise

Tabelle 1

Veränderung des Preisprozesses

Vergleich der Jahre 2013 und 2014

Risiko hat zugenommen ¹	Unverändertes Risiko gegenüber 2013 ²	Risiko hat abgenommen ³
Wohnungen		
Köln	Braunschweig	Bonn
Frankfurt am Main	Hannover	Limburg-Weilburg
Ludwigshafen	Stuttgart	Karlsruhe
Böblingen	Augsburg	München
Göppingen		Berlin
Heilbronn		
Memmingen		
Häuser		
Düsseldorf		Braunschweig
Köln		Kleve
Frankfurt am Main		Bonn
Bitburg		Böblingen
Ludwigshafen		Ingolstadt
Mainz		
Göppingen		
Heidenheim		
München		
Landshut		
Teltow-Fläming		

Eigene Berechnungen, Budde und Micheli (2013) - ¹Signifikant auf dem 5% Niveau in 2014, insignifikant in 2013. - ²Signifikant auf dem 5% Niveau in 2013 und 2014. - ³Signifikant auf dem 5% Niveau in 2013, insignifikant in 2014.

der Preisprozess im vergangenen Jahr tatsächlich fundamental verändert haben. Andererseits kann nicht ausgeschlossen werden, dass in Einzelfällen fälschlicherweise ein explosiver Prozess diagnostiziert wird. Dennoch: Tests für die Wohnungsmärkte in Braunschweig, Hannover, Stuttgart und Augsburg weisen zum zweiten Mal in Folge auf Übertreibungen hin.

Literatur

Budde, R. und M. Micheli (2013), Monitoring regionaler Immobilienpreise. *RWI Konjunkturberichte* 64 (4): 31-43.

RWI Konjunkturbericht 65 (4)

Buseti, F., und A. M. Taylor (2004), Tests of stationarity against a change in persistence. *Journal of Econometrics*, 123(1), 33-66.

Homm, U. und J. Breitung (2012), Testing for speculative bubbles in stock markets: a comparison of alternative methods, *Journal of Financial Econometrics*, 10(1), 198-231.

Monitoring regionaler Immobilienpreise

Tabelle 2
Immobilienpreisentwicklung nach Arbeitsmarktregionen

ID	Arbeitsmarktregion		Häuser		Wohnungen	
	Name	2011-2014, in %	Test auf explosives Verhalten	2011-2014, in %	Test auf explosives Verhalten	
30	Aachen	2,0	nicht signifikant	6,1	nicht signifikant	
50	Altenkirchen	1,3	nicht signifikant			
81	Altötting	6,0	nicht signifikant	7,2	nicht signifikant	
89	Amberg	2,4	nicht signifikant	5,5	nicht signifikant	
98	Ansbach	4,2	nicht signifikant	8,8	nicht signifikant	
100	Aschaffenburg	3,7	nicht signifikant	7,0	nicht signifikant	
103	Augsburg	6,8	nicht signifikant	11,5	5%	
51	Bad Kreuznach	0,7	nicht signifikant	3,0	nicht signifikant	
91	Bamberg	4,2	nicht signifikant	5,9	nicht signifikant	
128	Bautzen	1,9	nicht signifikant	6,2	nicht signifikant	
92	Bayreuth	1,8	nicht signifikant	8,7	nicht signifikant	
109	Berlin	5,2	nicht signifikant	12,4	10%	
34	Bielefeld	3,6	nicht signifikant	5,3	nicht signifikant	
52	Bitburg	1,8	5%			
60	Böblingen	0,1	nicht signifikant	4,8	5%	
37	Bochum	1,5	nicht signifikant	1,3	nicht signifikant	
28	Bonn	3,6	nicht signifikant	5,8	nicht signifikant	
33	Borken	1,2	nicht signifikant	5,1	nicht signifikant	
6	Braunschweig	3,3	nicht signifikant	8,9	5%	
22	Bremen	3,5	nicht signifikant	7,3	nicht signifikant	
23	Bremerhaven	3,3	nicht signifikant	3,4	nicht signifikant	
12	Celle	2,3	nicht signifikant	0,4	nicht signifikant	
88	Cham	3,2	nicht signifikant	-0,3	nicht signifikant	
126	Chemnitz	2,3	nicht signifikant	0,8	nicht signifikant	
93	Coburg	3,0	nicht signifikant	8,2	nicht signifikant	
118	Cottbus	2,8	nicht signifikant	4,2	nicht signifikant	
42	Darmstadt	3,4	nicht signifikant	4,3	nicht signifikant	
84	Deggendorf	4,1	nicht signifikant	3,6	nicht signifikant	
130	Dessau-Roßlau	0,7	nicht signifikant	2,8	nicht signifikant	
3	Dithmarschen	0,8	nicht signifikant	5,5	nicht signifikant	
105	Donau-Ries	3,5	nicht signifikant	7,7	nicht signifikant	
38	Dortmund	1,9	nicht signifikant	3,9	nicht signifikant	
127	Dresden	5,9	nicht signifikant	7,0	nicht signifikant	
24	Düsseldorf	3,8	5%	6,0	10%	
138	Eisenach	3,8	nicht signifikant	7,8	nicht signifikant	
111	Elbe-Elster	-1,1	nicht signifikant			
16	Emden	4,2	nicht signifikant	7,6	nicht signifikant	
19	Emsland	1,5	nicht signifikant	5,9	nicht signifikant	
134	Erfurt	3,7	nicht signifikant	6,2	nicht signifikant	
96	Erlangen	3,3	nicht signifikant	11,2	nicht signifikant	
25	Essen	2,1	nicht signifikant	2,1	10%	
4	Flensburg	3,8	nicht signifikant	7,7	nicht signifikant	
110	Frankfurt (Oder)	2,0	10%	5,6	nicht signifikant	

RWI Konjunkturbericht 65 (4)

ID	Arbeitsmarktregion Name	Häuser		Wohnungen	
		2011- 2014, in %	Test auf explosi- ves Verhalten	2011- 2014, in %	Test auf explosi- ves Verhalten
43	Frankfurt am Main	4,1	5%	6,6	5%
68	Freiburg	4,6	nicht signifikant	7,8	nicht signifikant
85	Freyung-Grafenau	5,9	nicht signifikant	-1,2	nicht signifikant
47	Fulda	2,2	nicht signifikant	2,6	nicht signifikant
135	Gera	3,3	nicht signifikant	2,1	nicht signifikant
44	Gießen	1,6	nicht signifikant	7,0	nicht signifikant
61	Göppingen	3,2	5%	6,4	5%
9	Goslar	0,4	nicht signifikant	1,2	nicht signifikant
8	Göttingen	2,0	nicht signifikant	6,3	nicht signifikant
39	Hagen	1,0	nicht signifikant	1,9	nicht signifikant
132	Halle	4,2	nicht signifikant	5,6	nicht signifikant
5	Hamburg	5,3	10%	8,0	nicht signifikant
11	Hameln	-0,7	nicht signifikant	-1,2	nicht signifikant
10	Hannover	3,9	10%	6,7	5%
112	Havelland	5,3	nicht signifikant	6,8	nicht signifikant
66	Heidelberg	2,8	nicht signifikant	4,5	nicht signifikant
64	Heidenheim	4,4	5%	6,1	nicht signifikant
62	Heilbronn	3,9	nicht signifikant	6,7	5%
94	Hof	1,3	nicht signifikant	0,6	nicht signifikant
35	Höxter	-1,4	nicht signifikant	3,2	nicht signifikant
79	Ingolstadt	9,9	nicht signifikant	12,0	nicht signifikant
136	Jena	3,0	nicht signifikant	6,8	nicht signifikant
55	Kaiserslautern	1,3	nicht signifikant	4,7	nicht signifikant
65	Karlsruhe	3,8	nicht signifikant	6,5	nicht signifikant
46	Kassel	2,7	nicht signifikant	7,6	nicht signifikant
106	Kempten	6,7	nicht signifikant	7,4	nicht signifikant
1	Kiel	3,2	nicht signifikant	4,9	nicht signifikant
27	Kleve	0,9	nicht signifikant	2,7	nicht signifikant
49	Koblenz	1,2	nicht signifikant	5,3	nicht signifikant
29	Köln	3,7	5%	6,8	5%
71	Konstanz	3,1	nicht signifikant	8,2	nicht signifikant
95	Kronach	2,5	nicht signifikant		
56	Landau	4,5	nicht signifikant	5,7	nicht signifikant
87	Landshut	7,9	5%	8,7	nicht signifikant
129	Leipzig	3,9	nicht signifikant	4,6	nicht signifikant
45	Limburg-Weilburg	2,8	10%	4,7	10%
72	Lörrach	5,0	nicht signifikant	8,4	nicht signifikant
2	Lübeck	4,6	nicht signifikant	5,2	nicht signifikant
13	Lüchow-Dannenberg	1,4	nicht signifikant		
57	Ludwigshafen	3,6	5%	6,8	5%
131	Magdeburg	1,0	nicht signifikant		
58	Mainz	4,7	5%	7,6	nicht signifikant
113	Märkisch-Oderland	6,4	nicht signifikant	6,1	nicht signifikant

Monitoring regionaler Immobilienpreise

ID	Arbeitsmarktregion Name	Häuser		Wohnungen	
		2011- 2014, in %	Test auf explosi- ves Verhalten	2011- 2014, in %	Test auf explosi- ves Verhalten
122	Mecklenburgische Seenplatte	2,6	10%	4,3	nicht signifikant
104	Memmingen	6,7	nicht signifikant	12,0	5%
36	Minden	1,8	nicht signifikant	2,9	nicht signifikant
80	München	9,9	5%	11,0	nicht signifikant
32	Münster	3,5	nicht signifikant	7,9	nicht signifikant
137	Nordhausen	-0,6	nicht signifikant		
124	Nordvorpommern	1,7	nicht signifikant	4,1	nicht signifikant
97	Nürnberg	6,4	nicht signifikant	11,0	nicht signifikant
114	Oberhavel	6,3	nicht signifikant	7,3	nicht signifikant
17	Oldenburg	5,3	nicht signifikant	7,0	nicht signifikant
31	Olpe	2,1	nicht signifikant	2,7	nicht signifikant
69	Ortenaukreis	3,7	nicht signifikant	6,0	10%
18	Osnabrück	3,3	nicht signifikant	5,6	nicht signifikant
115	Ostprignitz-Ruppin	2,0	nicht signifikant		
86	Passau	4,9	nicht signifikant	6,8	nicht signifikant
67	Pforzheim	1,9	nicht signifikant	5,7	nicht signifikant
108	Pirmasens	1,8	nicht signifikant	5,3	nicht signifikant
116	Potsdam-Mittelmark	5,8	nicht signifikant	4,9	nicht signifikant
117	Prignitz	4,2	nicht signifikant		
77	Ravensburg	4,6	nicht signifikant	7,4	nicht signifikant
90	Regensburg	6,3	nicht signifikant	10,2	nicht signifikant
74	Reutlingen	2,6	nicht signifikant	5,5	nicht signifikant
123	Rostock	3,6	nicht signifikant	5,8	nicht signifikant
70	Rottweil	0,3	nicht signifikant	3,4	nicht signifikant
141	Saalfeld-Rudolstadt	3,1	nicht signifikant		
107	Saarbrücken	0,6	nicht signifikant	5,6	nicht signifikant
63	Schwäbisch Hall	4,5	nicht signifikant	5,3	nicht signifikant
101	Schweinfurt	4,1	nicht signifikant	5,9	nicht signifikant
121	Schwerin	3,8	nicht signifikant	2,6	nicht signifikant
40	Siegen	0,7	nicht signifikant	5,4	nicht signifikant
78	Sigmaringen	3,3	nicht signifikant	2,3	nicht signifikant
41	Soest	1,7	nicht signifikant	4,5	nicht signifikant
14	Stade	4,8	nicht signifikant	11,7	nicht signifikant
133	Stendal	3,5	nicht signifikant		
59	Stuttgart	3,9	nicht signifikant	7,9	5%
125	Süd-vorpommern	1,6	nicht signifikant	4,8	nicht signifikant
140	Suhl	1,0	nicht signifikant	6,1	nicht signifikant
119	Teltow-Fläming	7,4	5%	10,6	nicht signifikant
82	Traunstein	7,6	10%	7,7	nicht signifikant
54	Trier	0,4	nicht signifikant	5,9	nicht signifikant
120	Uckermark	2,1	nicht signifikant		
15	Uelzen	2,4	nicht signifikant	5,6	nicht signifikant
76	Ulm	6,0	nicht signifikant	7,6	nicht signifikant
139	Unstrut-Hainich	1,6	nicht signifikant		

RWI Konjunkturbericht 65 (4)

ID	Arbeitsmarktregion Name	Häuser		Wohnungen	
		2011- 2014, in %	Test auf explosi- ves Verhalten	2011- 2014, in %	Test auf explosi- ves Verhalten
21	Vechta	5,0	nicht signifikant	8,8	nicht signifikant
53	Vulkaneifel	1,6	nicht signifikant		
48	Waldeck-Frankenberg	0,4	nicht signifikant	6,5	nicht signifikant
73	Waldshut	4,1	nicht signifikant	3,9	nicht signifikant
83	Weilheim-Schongau	6,2	nicht signifikant	5,1	nicht signifikant
99	Weißenburg- Gunzenhausen	3,5	nicht signifikant	2,8	nicht signifikant
20	Wilhelmshaven	3,1	nicht signifikant	2,1	nicht signifikant
7	Wolfsburg	5,9	10%	10,4	nicht signifikant
26	Wuppertal	1,6	nicht signifikant	3,1	nicht signifikant
102	Würzburg	3,8	nicht signifikant	6,9	nicht signifikant
75	Zollernalbkreis	-1,0	nicht signifikant	4,9	nicht signifikant

Eigene Berechnungen nach Angaben von Immobilienscout24.

Monitoring regionaler Immobilienpreise

György Barabas, Heinz Gebhardt, Torsten Schmidt und Klaus Weyerstraß

Projektion der Wirtschaftsentwicklung bis 2019: Aufschwung setzt sich in moderatem Tempo fort

Zusammenfassung: Durch die günstige Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes bei zugleich ungünstigen Beschäftigungsperspektiven in vielen EU-Ländern kommen derzeit deutlich mehr Menschen nach Deutschland als vor Ausbruch der Großen Rezession. Dadurch steigt das Arbeitsvolumen trotz der Einführung des Mindestlohns und der Rente mit 63. Auch der Aufbau des Kapitalbestandes dürfte sich etwas beleben. Insgesamt dürfte das Produktionspotenzial von 2014 bis 2019 um durchschnittlich 1,2% jährlich wachsen. Die Produktion wird in diesem Zeitraum voraussichtlich etwas kräftiger ausgeweitet werden um durchschnittlich 1 ½ % pro Jahr. Zunächst gehen vom gesunkenen Ölpreis, der Abwertung des Euro und der anziehenden Konjunktur in den USA positive Impulse aus, die aber mittelfristig ausklingen. Die Binnennachfrage dürfte vorerst noch kräftig ausgeweitet werden, in der mittleren Frist indes etwas an Schwung verlieren. Insgesamt scheint der moderate Aufschwung in Deutschland robust zu sein. Die Produktionslücke, die nach unseren Schätzungen bereits im vergangenen Jahr geschlossen wurde, wird im Prognosezeitraum leicht positiv werden. Dadurch wird sich der Preisdruck im Prognosezeitraum wohl verstärken.

Abstract: Favorable labor market conditions in Germany and persistently high unemployment rates in other European countries encourage migration to Germany. Based on positive net migration flows well above pre-crisis levels, employment increases even though recent economic policy measures (the introduction of a minimum wage and the lowering of the retirement age under certain conditions) have countervailing effects. We also expect an acceleration of capital accumulation, following from improving international business expectations. All in all, potential output will grow on average by 1.2% per year over the period 2014 to 2019. Actual production is expected to increase at a slightly higher rate of 1.5% per year. The recent drop in oil prices, the depreciation of the Euro and the strengthening US economy will have a positive impact on German production in the short term. Moreover, domestic demand will also be strong in the short-run. Although production and domestic demand are expected to lose momentum in the medium run, the recovery in Germany seems to be robust. Based on our forecast the output gap is already positive and will increase further. Therefore, core inflation is likely to rise.

¹ Die Mittelfristprojektion ist ein Gemeinschaftsprojekt des RWI mit den IHS Wien. Klaus Weyerstraß ist Mitarbeiter des IHS Wien. Wir danken Roland Döhrn und Wim Kösters für hilfreiche Anmerkungen und Kommentare.

Mittelfristprojektion bis 2019

Die sich für dieses Jahr abzeichnende Belebung der deutschen Konjunktur dürfte sich in der mittleren Frist zunächst fortsetzen, zumal das internationale Umfeld günstig bleibt. Der gesunkene Ölpreis, die Abwertung des Euro und die anziehende Konjunktur in den USA dürften der Produktion in Deutschland Auftrieb verleihen. Allerdings ist zu erwarten, dass diese Impulse in der mittleren Frist ausklingen. Die sich abzeichnende Anhebung der Zinsen in den USA und in Großbritannien dürfte das Expansionstempo dort reduzieren. Zudem wird sich das Wachstum in China wohl weiter verlangsamen. Somit zeichnet sich ab, dass die weltwirtschaftliche Expansion etwas an Schwung verliert. Dies wird die deutschen Exporte und damit die gesamtwirtschaftliche Produktion voraussichtlich etwas dämpfen.

Auch die Binnennachfrage dürfte in der mittleren Frist etwas schwächer expandieren. Zum einen ist für den weiteren Verlauf des Projektionszeitraums mit einer Straffung der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) zu rechnen, so dass die Zinsen allmählich steigen, was die Investitionstätigkeit und in geringerem Maße den privaten Konsum dämpfen dürfte. Zum anderen werden die Investitionen von den sich verschlechternden internationalen Absatzperspektiven belastet. Dagegen bleibt die private Konsumnachfrage angesichts zunehmender Beschäftigung und steigender Einkommen wohl eine Stütze der deutschen Konjunktur. Auch die Konsumausgaben des Staates dürften aufgrund der guten Finanzlage deutlich ausgeweitet werden. Insgesamt scheint der Aufschwung in Deutschland robust zu sein; im Prognosezeitraum dürfte die tatsächliche Produktion stärker ausgeweitet werden als das Produktionspotenzial. Da die Produktionslücke nach unseren Schätzungen bereits im vergangenen Jahr geschlossen wurde, wird sie im Prognosezeitraum leicht positiv werden.

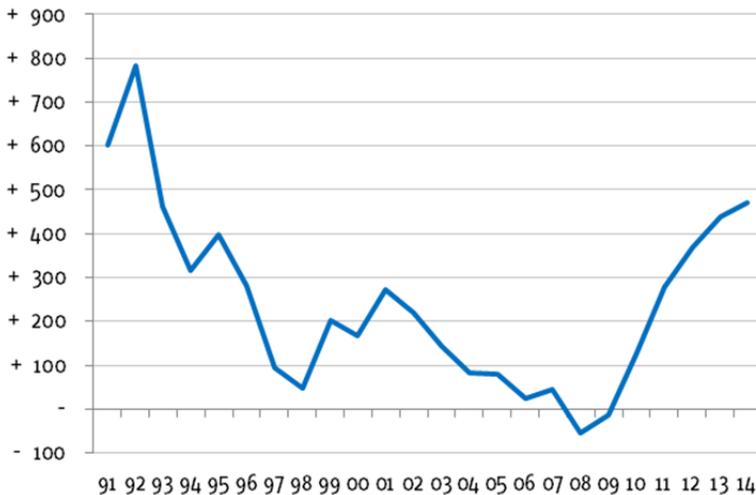
Ausgelastete Kapazitäten und stärker steigende Löhne erhöhen den konjunkturellen Preisdruck in Deutschland, so dass sich die Preissteigerungen, die derzeit noch sehr moderat ausfallen, im Prognosezeitraum verstärken dürften. Dabei erwarten wir allerdings noch keinen stabilitätsgefährdenden Anstieg der Inflationsrate. Angesichts der sehr expansiv ausgerichteten Geldpolitik im Euro-Raum ist das Risiko einer kräftigen Zunahme der Teuerung in Deutschland in der mittleren Frist aber beachtlich.

1. Zuwanderung dämpft vorübergehend den Bevölkerungsrückgang und vergrößert das Arbeitskräftepotenzial

Durch die sehr günstige Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes und die zugleich ungünstigen Beschäftigungsperspektiven in vielen EU-Ländern kommen derzeit deutlich mehr Menschen nach Deutschland als vor Ausbruch der Großen

Rezession (Schaubild 1). In der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahre 2009 wurde in der – auch unserer Potenzienschätzung zugrunde liegenden – Variante 1-W1 für die Jahre 2010 bis 2013 lediglich ein kumulierter positiver Wanderungssaldo von 190 000 Personen angenommen. Tatsächlich überstieg die Zahl der Zuzüge in diesem Zeitraum aber die der Fortzüge um mehr als 1,2 Millionen Personen, womit der Wanderungssaldo um rund 1 Million Personen größer war als in der Bevölkerungsprojektion angenommen. Im Jahr 2014 dürften sogar reichlich 500 000 Personen mehr nach Deutschland zugezogen als von hier fortgezogen sein; in der Bevölkerungsvorausberechnung war lediglich eine Nettozuwanderung von 100 000 Personen unterstellt worden.² Für die volkswirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten ist jener Teil der Bevölkerung relevant, der dem Arbeitsmarkt potenziell zur Verfügung steht. Dies sind die Personen im erwerbsfähigen Alter. In Anlehnung an die Altersverteilung der Zuwanderung in der Vergangenheit wurde angenommen, dass von den neu nach Deutschland kommenden Personen etwa 88% auf die relevante Altersgruppe entfallen.

Schaubild 1
Nettozuwanderung nach Deutschland
1991 bis 2014; in 1000 Personen



Quelle: Destatis.

² Eine detaillierte Analyse der internationalen Migrationsbewegungen findet man z.B. im jüngsten internationalen Migrationsausblick der OECD (2014).

Mittelfristprojektion bis 2019

Die Zuwanderung erfolgt gegenwärtig vor allem aus Rumänien und Bulgarien – für die nunmehr innerhalb der EU die vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit gilt –, aus Polen sowie aus den Krisenländern des Euroraums, also aus Italien, Griechenland und Spanien. Im Zuge der sich in diesen Ländern bereits abzeichnenden wirtschaftlichen Erholung und der damit einhergehenden Besserung der Arbeitsmarktperspektiven dürfte sich die Zuwanderung von dort in den kommenden Jahren wieder verringern. Bei der Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien kann davon ausgegangen werden, dass sie sich dem Niveau der anderer Länder dieser Region annähert, für die die Arbeitnehmerfreizügigkeit schon länger gilt. Für unsere Potenzialschätzung wurde insgesamt angenommen, dass sich bis zum Jahr 2019 der Wanderungssaldo von dem für 2014 zugrunde gelegten Wert von 500 000 Personen allmählich der in der Bevölkerungsvorausberechnung unterstellten Zahl von 100 000 Personen annähert. Im Gegensatz dazu wird in der Bevölkerungsvorausberechnung für die Jahre 2015 bis 2019 lediglich eine Nettozuwanderung von 100 000 Personen pro Jahr unterstellt.

Die gegenwärtig hohe Nettozuwanderung kann den Rückgang der Bevölkerung im Alter von 15 bis 74 Jahren in Deutschland nur abschwächen. Selbst bei der von uns unterstellten Nettozuwanderung wird die relevante Bevölkerungsgruppe Ende 2019 um rund 600 000 Personen bzw. 1% niedriger als Ende 2013 sein. In den letzten beiden Jahren des Projektionszeitraums, wenn sich die Nettozuwanderung annahmegemäß merklich abschwächt, wird die Bevölkerung wieder stärker sinken. Neben dieser demografischen Entwicklung führt auch die Einführung der abschlagsfreien Rente für langjährige Beitragszahler ab dem Alter von 63 Jahren zu einem beträchtlichen Rückgang des Arbeitskräfteangebots: Im Jahr 2014 haben 206.000 Menschen die abschlagsfreie Rente mit 63 beantragt. In den kommenden Jahren ist mit einer geringeren Inanspruchnahme zu rechnen. Dank der deutlich höheren Zuwanderung ist das Erwerbspersonenpotenzial am Ende des Projektionszeitraums aber um rund 2 Millionen Personen höher als in der Bevölkerungsprojektion aus dem Jahr 2009 unterstellt. Die Erwerbsquote, also der Teil der Personen im erwerbsfähigen Alter, der dem Arbeitsmarkt tatsächlich zur Verfügung steht, wird unserer Einschätzung nach mittelfristig weiter steigen und im Jahr 2019 73,8% betragen und damit um 1,8 Prozentpunkte über dem Wert von 2013 liegen.

Hinsichtlich der strukturellen Erwerbslosenquote schätzen wir, dass sie von ihrem Höchststand von rund 8½% Anfang des vergangenen Jahrzehnts auf zuletzt knapp 6% gefallen ist. Dieser Rückgang ist wesentlich den in diesem Zeitraum umgesetzten Arbeitsmarkt- und Sozialreformen zu verdanken. Dagegen hat die Wirtschaftskrise kaum Spuren auf dem deutschen Arbeitsmarkt hinterlassen, so dass die strukturelle Erwerbslosenquote noch etwas zurückgehen und sich Ende des Projektionszeitraums auf knapp 5¼% belaufen dürfte. Einem noch deutlicheren Rückgang

steht die Verteuerung des Faktors Arbeit vor allem im Niedriglohnsegment durch die Einführung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns entgegen.

Die durchschnittliche Arbeitszeit der Erwerbstätigen ist in den vergangenen Jahren gesunken, was vor allem auf die zunehmende Bedeutung der Teilzeitarbeit zurückzuführen ist. In Zukunft dürfte die Teilzeitarbeit verlangsamt an Bedeutung gewinnen. Daher rechnen wir damit, dass die durchschnittliche Arbeitszeit im Projektionszeitraum noch etwas sinken wird. Im Jahr 2019 wird die Zahl der Arbeitsstunden je Erwerbstätigen nach unserer Einschätzung um 1,1% niedriger als im Jahr 2013 sein.

Alles in allem wird das Arbeitsvolumen unter diesen Setzungen um 0,2% pro Jahr bzw. insgesamt um 1,3% steigen. Mit der niedrigeren Zuwanderung aus der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung würde das Arbeitsvolumen bis 2019 bei gleicher Entwicklung der anderen Einflussfaktoren nur halb so stark zunehmen.

Aufgrund des weiterhin aufwärts gerichteten Welthandels, vor allem aufgrund der bis zum Ende des Projektionszeitraums anziehenden der Konjunktur im Euro-Raum und des Abebbens der geopolitischen Unsicherheiten wird sich das Investitionsklima in den Unternehmen aufhellen. Dann kommen die weiterhin günstigen Finanzierungsbedingungen verstärkt zum Tragen. Damit wird der Kapitalstock beschleunigt ausgeweitet. Gleichwohl ist kein Investitionsboom zu erwarten, auch weil die Banken bei der Kreditgewährung vorsichtiger als vor Beginn der Finanzkrise agieren und verstärkt Eigenkapital aufbauen dürften. Wuchs der Kapitalbestand in den Jahren 2011 bis 2013 nach unserer Einschätzung jeweils nur um 1,1%, so wird sich die Zunahme im Verlauf des Projektionszeitraums leicht auf 1,3% pro Jahr beschleunigen. Daraus ergibt sich im Projektionszeitraum eine durchschnittliche Ausweitung des Sachkapitalbestands um 1,2% pro Jahr.

Von der Belebung der Investitionstätigkeit dürfte auch der in neuen Kapitalgütern gebundene technische Fortschritt profitieren. Dies schlägt sich bei der von uns verwendeten Methode der Produktionspotenzialschätzung in einem verstärkten Wachstum der Totalen Faktorproduktivität (TFP) nieder. Dieses dürfte sich von nur 0,3% im Jahr 2013 auf 0,8% im Jahr 2019 beschleunigen.

Alles in allem dürfte das Produktionspotenzial von 2014 bis 2019 um durchschnittlich 1,2% jährlich wachsen (Tabelle 1)³. Der Arbeitseinsatz wächst – über den gesamten Projektionszeitraum gesehen – nur wenig; dabei schwächt sich die

³ Mit der in der 12. Bevölkerungsvorausberechnung unterstellten niedrigeren Zuwanderung würde das Produktionspotenzial nur um 1,1% pro Jahr expandieren.

Mittelfristprojektion bis 2019

Tabelle 1

Produktionspotenzial und seine Komponenten

1995 bis 2019^a; jahresdurchschnittliche Veränderung in %

	1995 – 2013	Wachs- tumsbei- träge ¹	2013 – 2019	Wachs- tumsbei- träge ¹
Produktionspotenzial	1,3		1,2	
Kapitalstock	1,7	0,6	1,2	0,4
Solow-Residuum	0,7	0,7	0,6	0,6
Arbeitsvolumen	0,0	0,0	0,2	0,1
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	0,0		-0,2	
Partizipationsrate	0,4		0,4	
Erwerbsquote	0,1		0,1	
Durchschnittliche Arbeitszeit	-0,6		-0,2	
Nachrichtlich:				
Arbeitsproduktivität	1,3		0,9	

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹In %-Punkten. – ^aDifferenzen in den aggregierten Werten durch Rundung.

Zunahme des Arbeitseinsatzes aufgrund des demografisch bedingten Rückgangs der Erwerbsbevölkerung im Verlauf ab, und im letzten Jahr des Projektionszeitraums sinkt der Arbeitseinsatz sogar. Am stärksten trägt der technische Fortschritt zum Wachstum der Produktionsmöglichkeiten bei. Auch von der Ausweitung des Kapitalbestands gehen im gesamten Projektionszeitraum positive Impulse auf das Potenzialwachstum aus.

2. Geldpolitik dämpft weltwirtschaftliches Expansionstempo in der mittleren Frist

Das Tempo der weltwirtschaftlichen Expansion dürfte sich in der kurzen Frist aufgrund des starken Rückgangs der Rohölpreise etwas erhöhen. In der mittleren Frist ist von der Straffung der Geldpolitik eine Dämpfung der Weltkonjunktur zu erwarten. Dabei ist der deutlichste Impuls von dem geldpolitischen Schwenk in den USA zu erwarten. Angesichts des inzwischen kräftigen Aufschwungs und des deutlichen Rückgangs der Arbeitslosigkeit dürfte die amerikanische Notenbank in diesem Jahr beginnen, die Zinsen anzuheben. Es ist aber zu erwarten, dass sie vorerst nur

vorsichtig angehoben werden, so dass sich der Aufschwung in den USA im Prognosezeitraum fortsetzt. Dabei ist unterstellt, dass der Kurswechsel ohne starke Reaktionen an den Finanz- und Devisenmärkten gelingt, so dass die realwirtschaftlichen Effekte begrenzt sein dürften. Der Haupttreiber der Konjunktur in den USA dürfte die Binnenwirtschaft bleiben. Dem entsprechend kräftig werden daher wohl auch die Importe ausgeweitet werden, wovon andere Volkswirtschaften – nicht zuletzt die deutsche – profitieren. Im Zeitraum 2014 bis 2019 dürfte das BIP um durchschnittlich 2,5 % je Jahr expandieren. Die Festigung des Aufschwungs in den USA wird sich auch in den Nachbarländern, insbesondere in Kanada, bemerkbar machen, wo das BIP im Durchschnitt mit einer Rate von 2,2 % zunehmen dürfte.

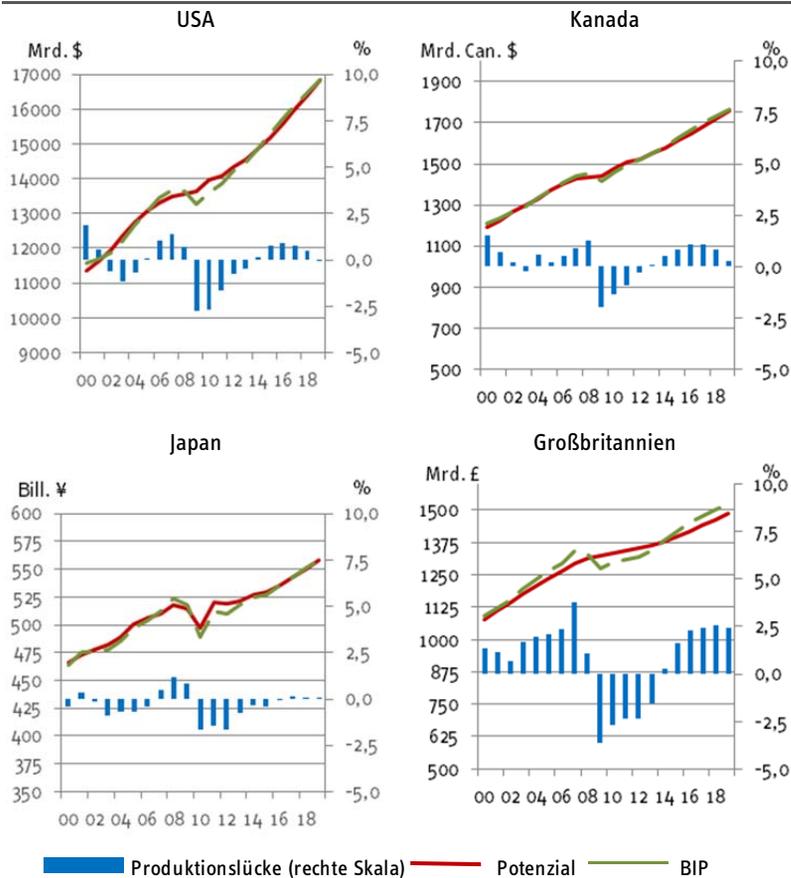
Das erneute Aufflammen der Staatsschuldenkrise im Euro-Raum wird die ohnehin nur zögerliche weltwirtschaftliche Erholung voraussichtlich weiter belasten. Die davon zu erwartenden realwirtschaftlichen Auswirkungen im Euro-Raum dürften aber gering sein, da insbesondere von der kräftigen Abwertung des Euro auch stimulierende Impulse ausgehen. Im Rahmen dieser Prognose wird unterstellt, dass die Erholung insgesamt von der sich erneut verschärfenden Krise in Griechenland nur vorübergehend und in überschaubarem Maße belastet wird. Im weiteren Verlauf des Projektionszeitraums dürften sich die positiven Tendenzen in Spanien, aber auch in Portugal und Irland verstärken und zu einer Erhöhung des Expansionstempos im Euro-Raum insgesamt beitragen. Allerdings dürfte diese Belebung moderat ausfallen, da das Expansionstempo in Frankreich und Italien weiterhin durch die Verschleppung notwendiger Reformen gedämpft wird, zumal gegenwärtig offen ist, ob ihre Umsetzung im Prognosezeitraum erfolgt. Das BIP dürfte daher in diesem Zeitraum mit durchschnittlich 1,1 % weiterhin nur relativ moderat zulegen. In diesem Umfeld dürfte die EZB, die angekündigt hat, die expansive Ausrichtung ihrer Geldpolitik mindestens bis 2016 beizubehalten, auch danach vorsichtig agieren und die Zinsen allenfalls leicht anheben. Hingegen hat Großbritannien die Wachstumsschwäche bereits überwunden. Es ist daher zu erwarten, dass die Bank von England bereits in diesem Jahr beginnen wird, die Zinsen anzuheben, um einem deutlichen Anstieg der Inflation vorzubeugen. Dem entsprechend dürfte die derzeit kräftige Konjunktur etwas an Schwung verlieren. Der Aufschwung wird sich aber wohl fortsetzen; im Durchschnitt des Prognosezeitraums dürfte das britische BIP mit einer Rate von 2,1 % expandieren.

In Japan ist die Produktion im vergangenen Jahr nach der Anhebung des Mehrwertsteuersatzes zurückgegangen. Seit Jahresbeginn ist sie wieder ausgeweitet worden. Im Prognosezeitraum dürfte sich das Expansionstempo etwas beschleunigen. Hierfür sprechen das Aussetzen der zweiten Anhebung des Mehrwertsteuersatzes, die Senkung der Unternehmenssteuern und die im gesamten Prognosezeitraum wohl niedrigen Realzinsen. Dies alles dürfte die Investitions- und die Kon-

Mittelfristprojektion bis 2019

sumnachfrage anregen. Darüber hinaus dürfte die Geldpolitik weiterhin expansiv ausgerichtet bleiben, so dass der Außenwert des Yen gegenüber dem Dollar die Exporttätigkeit begünstigt. Im Durchschnitt des mittelfristigen Zeitraums dürfte die Zuwachsrates des BIP bei 1,3 % liegen. Dafür spricht zum einen, dass die notwendige Haushaltskonsolidierung die private Konsum- und die

Schaubild 2
BIP, Produktionspotenzial und Produktionslücke in ausgewählten Volkswirtschaften
 2000 bis 2019



Quelle: Europäische Kommission. Eigene Berechnungen; Zeitraum 2014-2019: eigene Prognose.

Investitionsnachfrage wohl dämpfen wird. Zudem dürfte der Rückgang der Bevölkerung die Nachfrage nach Konsumgütern schmälern und damit auch die Investitionstätigkeit dämpfen. Darüber hinaus werden sich die bereits erkennbaren Engpässe am Arbeitsmarkt verschärfen, falls die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen nicht verbessert werden.

Der in den Industriestaaten, insbesondere in den USA in der mittleren Frist anhaltende Aufschwung wird auch die Produktion in den Schwellenländern stützen. Das Wachstumstempo dürfte in dieser Ländergruppe indes deutlich geringer bleiben als in den Jahren vor der Großen Rezession. Dies gilt insbesondere für die chinesische Wirtschaft. Hier scheint sich die Tendenz zu nicht mehr so hohen Wachstumsraten fortzusetzen. Dabei ist unterstellt, dass die Wirtschaftspolitik in der mittleren Frist nicht jeder Abschwächung des wirtschaftlichen Expansionstempos entgegensteuert. Die Wachstumsraten dürften im Prognosezeitraum auf unter 7% zurückgehen. Davon sind dämpfende Effekte auf andere Schwellenländer zu erwarten, wodurch die positiven Impulse von der US-Konjunktur zumindest teilweise kompensiert werden.

3. Europäische Geldpolitik weiterhin sehr expansiv ausgerichtet – Wirtschaftspolitik fehlt Wachstumsorientierung

Die EZB hat in den vergangenen Monaten aufgrund der schwachen Konjunktur und des unerwünscht niedrigen Preisauftriebs im Euro-Raum verschiedene Maßnahmen ergriffen, um die gesamtwirtschaftliche Nachfrage anzukurbeln und die Inflation wieder in Einklang mit dem Zielwert zu bringen. Angesichts der in den Krisenländern des Euro-Raums nur mühsam in Gang kommenden konjunkturellen Erholung und der geringen Inflation dürfte die EZB ihre Niedrigzinspolitik zunächst noch fortsetzen, so dass die Kreditzinsen in Deutschland weiterhin sehr niedrig bleiben. Bei anziehender Konjunktur im Euro-Raum ist im weiteren Verlauf des Projektionszeitraums aber mit einer Straffung der Geldpolitik zu rechnen. Mittelfristig dürfte sich der Leitzins dem langfristig neutralen Niveau annähern.

Bei der Wirtschaftspolitik ist eine klare Wachstumsorientierung derzeit nicht zu erkennen. Einerseits dürfte es sich zwar positiv auf die Wachstumsperspektiven auswirken, dass sich die Finanzlage des Staates, die sich im Gefolge der Finanz- und Wirtschaftskrise erheblich angespannt hatte (Döhrn, Gebhardt 2014), inzwischen spürbar verbessert hat und die öffentlichen Haushalte seit dem Jahr 2012 Überschüsse ausweisen. Auch für die mittlere Frist ist mit einer entspannten Finanzlage zu rechnen. So will die Bundesregierung, die im vergangenen Jahr erst-

Mittelfristprojektion bis 2019

mals seit 1969 wieder einen ausgeglichenen Haushalt erzielen konnte⁴, auch in den Jahren 2015 bis 2019 mit einer „Null“ abschließen. Um dies zu erreichen, soll der Anstieg der Bundesaussgaben den Zuwachs des nominellen BIP nicht übersteigen; die als „prioritär“ eingestuft Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur sollen dabei zur Stärkung des Wachstumspotenzials weiter aufgestockt werden.

Andererseits sind aber auch Maßnahmen in Kraft getreten, die wie die zum 1. Juli 2014 eingeführte abschlagsfreie „Rente ab 63“ und der seit Beginn dieses Jahres geltende flächendeckende Mindestlohn von 8,50 Euro brutto je Stunde über eine Reduktion des potenziellen Arbeitsvolumens bzw. eine Verteuerung des Faktors Arbeit die Angebotsbedingungen in Deutschland verschlechtern dürften⁵. Dämpfende Wirkungen auf das Potenzialwachstum gehen zudem davon aus, dass die Abgabenbelastung durch die kalte Progression und die am Ende des Projektionszeitraums voraussichtlich steigenden Sozialbeiträge zunimmt.

4. Positive Produktionslücke in Deutschland, etwas stärkere Preissteigerung in der mittleren Frist

Die für dieses und das kommende Jahr in Deutschland zu erwartende konjunkturelle Expansion wird sich zunächst fortsetzen. Erst in der zweiten Hälfte des mittelfristigen Projektionszeitraums dürfte die – vor allem in den USA – zunehmende Straffung der Geldpolitik die Konjunktur dämpfen. Der Aufschwung in Deutschland wird sich dann in etwas moderaterem Tempo fortsetzen.

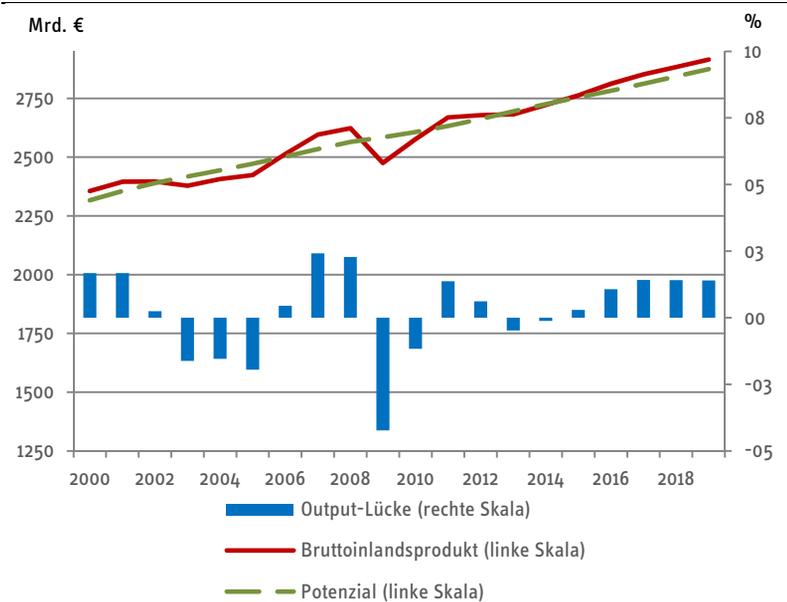
Diese Prognose basiert auf den folgenden Annahmen:

- fi** Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar beträgt bis zum Ende des Prognosezeitraums 1,25\$/€.
- fi** Der Ölpreis (Brent) wird als real konstant angenommen, was einem nominalen Anstieg um 2% pro Jahr entspricht. Im letzten Jahr des Projektionszeitraums wird ein Wert von 88 Dollar pro Barrel erreicht.

4 Nach dem vorläufigen Abschluss des Bundeshaushalts 2014 hat der Bund im vergangenen Jahr keine neuen Schulden aufgenommen. Die Bundesregierung hat damit den angestrebten Haushaltsausgleich ein Jahr früher erreicht als geplant; im Haushaltsplan 2014 war mit einer Neuverschuldung von 6,5 Mrd. Euro gerechnet worden (BMF 2015).

5 Zu einer detaillierten Bewertung des Rentenpakets vgl. Feld, Kohlmeier Schmidt (2014: 553–559) und zu den gesamtwirtschaftlichen Wirkungen der Einführung des Mindestlohns vgl. Döhrn et al. (2014: 45–49).

Schaubild 3
BIP, Produktionspotenzial und Produktionslücke
 2000 bis 2019



Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. Eigene Berechnungen; Zeitraum 2013-2019: eigene Prognose. Produktionslücke: Differenz zwischen realem BIP und Produktionspotenzial in % des Potenzials.

- fi Der Welthandel wird in den Jahren 2014 bis 2019 im Durchschnitt um 5% pro Jahr expandieren. Die nach wie vor wichtigen Handelspartner im Eurogebiet schwenken mittelfristig auf einen höheren Expansionspfad ein.
- fi Es kommt zu keiner Verschärfung der Euro-Krise, die mit gravierenden realwirtschaftlichen Effekten verbunden wäre.
- fi Es ist nicht davon auszugehen, dass die geopolitischen Risiken vollständig verschwinden. Die Weltkonjunktur dürfte vielmehr störungsanfällig bleiben.

Das günstige weltwirtschaftliche Umfeld trägt zu der Fortsetzung des Aufschwungs in Deutschland bei. Die Exporte dürften im Zuge der weltwirtschaftlichen Belebung verstärkt ausgeweitet werden, im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums aber etwas an Dynamik verlieren. Die sich etwas verschlechternden

Mittelfristprojektion bis 2019

Tabelle 2
Mittelfristige Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
 2007 bis 2019

	Absolut			Jahresdurchschnittliche Veränderung in %	
	2007	2013	2019	2007 bis 2013	2013 bis 2019
Entstehungskomponenten des BIP					
Erwerbstätige (Inland), in Mill.	40,3	42,3	43,0	0,8	1/4
Arbeitnehmer (Inland), in Mill.	35,8	37,8	38,6	0,9	1/4
Arbeitszeit je Erwerbstätigen, in h	1424	1362	1363	-0,7	0
Arbeitsvolumen, in Mill. h	57438	57608	58565	0,1	1/4
Arbeitsproduktivität					
BIP je Erwerbstätigen, 2010=100	112,8	111,1	118,8	-0,2	1
BIP je Erwerbstätigenstunde, 2010=100	113,3	116,7	124,8	0,5	1
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt, verkettete Volumina, in Mrd. €	2595,5	2681,5	2914,2	0,5	1½
Deflator des BIP, 2010=100	96,7	104,8	115,6	1,3	1¾
Verwendung des BIP in jeweiligen Preisen, in Mrd. €					
Bruttoinlandsprodukt	2510,1	2809,5	3368,6	1,9	3
Private Konsumausgaben	1383,6	1571,5	1807,7	2,1	2 ¼
Konsumausgaben des Staates	440,3	541,2	669,6	3,5	3½
Bruttoanlageinvestitionen	504,4	555,8	676,7	1,6	3¼
Vorratsinvestitionen	14,9	-22,3	-53,8	-	-
Außenbeitrag	166,9	163,3	268,3	-	-
Nachr.: Außenbeitrag in% des BIP	6,6	5,8	8,0		

Nach Angaben des Statistischen Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); eigene Berechnungen; Zeitraum 2019/2013: eigene Prognose.

Absatzerwartungen und steigende Finanzierungskosten werden die Binnennachfrage in der mittleren Frist dämpfen. Da die Geldpolitik im Euro-Raum ihren sehr expansiven Kurs erst allmählich vermindern wird, dürfte dies die realwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland erst mittelfristig etwas dämpfen.

Im Durchschnitt des mittelfristigen Prognosezeitraums ist eine Ausweitung des BIP um 1,5% zu erwarten. Damit wird die Produktion im gesamten Zeitraum etwas stärker ausgeweitet als das Produktionspotenzial; Das um Konjunktoreinflüsse bereinigte Wachstum dürfte mittelfristig 1,2% betragen. Entsprechend dürfte die inzwischen geschlossene Produktionslücke leicht positiv werden. Damit bleiben die Aussichten für den Arbeitsmarkt günstig. Die Zahl der Arbeitslosen wird voraussichtlich auf rund 2,6 Mill. Personen im Jahr 2019 sinken. Der Preisdruck dürfte sich in Deutschland in der mittleren Frist erhöhen. Das Risiko einer Deflation, die angesichts der derzeit rückläufigen Preise verschiedentlich befürchtet wird, sehen wir

nicht. Ganz im Gegenteil, in der mittleren Frist dürften die Risiken zunehmen, dass die Inflationsraten deutlich steigen. Angesichts voll ausgelasteter Produktionskapazitäten, des hohen Beschäftigungsstandes und der sich abzeichnenden Knappheiten am Arbeitsmarkt ist sogar nicht auszuschließen, dass sich der Lohnanstieg stärker beschleunigt als hier unterstellt. Dadurch würde sich allerdings die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen verschlechtern, was die Expansion dämpfen würde.

Literatur

BMF – Bundesministerium der Finanzen (2015), Haushaltsabschluss 2014; Pressemitteilung vom 13.01.2015. <http://www.bundesfinanzministerium.de>. Download vom 14. Januar 2015.

Destatis – Statistisches Bundesamt (2009), Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung.

Döhrn, R., G. Barabas, H. Gebhardt, M. Micheli, S. Rujin und L. Zwick (2014), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Aufschwung bleibt moderat. *RWI Konjunkturberichte* 65 (1): 37-94.

Döhrn, R. und H. Gebhardt (2013), Die fiskalischen Kosten der Finanz- und Wirtschaftskrise. IBES-Diskussionsbeiträge #198. IBES.

Feld, L., P. A., Kohlmeier und C. M. Schmidt (2014), Rentenpaket: die Bundesregierung auf Irrwegen. *Wirtschaftsdienst* 94(8): 553-559.

OECD (2014), Internationaler Migrationsausblick 2014. Paris.

Mittelfristprojektion bis 2019
